

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Wertages. Abonnementspreis mit illust. Beilage „Woll u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 14. Dez. bis 20. Dez. 45 Goldpfennige. Einzelverkaufpreis: 10 Goldpfennige

Redaktion: Johannisstr. 46  
Fernruf { 905 nur Redaktion  
          { 926 nur Geschäftsstelle



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpfennige, Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige  
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46  
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle  
          { 905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 294

Dienstag, 16. Dezember 1924

31. Jahrgang

## Ein Jahr Marx-Regierung.

Der Reichskanzler überbrachte am Montag nachmittag 4,30 Uhr dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch der Regierung. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt an und beauftragte den Reichskanzler bezgl. die bisherigen Minister mit der einstweiligen Führung der Geschäfte.

### Die Bilanz.

Dem Druck der Deutschen Volkspartei weichen, hat die Regierung Marx am Montagabend dem Reichspräsidenten offiziell ihre Demission überreicht. Abgesehen von den im letzten Jahre überstandenen Minister- und Regierungstrüben, war das zurückgetretene Ministerium mehr als ein Jahr im Amt. So oft es verschwinden sollte und wollte, kehrte es nach wochenlangen Krisen wieder.

Die ohne Grund demissionierte Regierung hat in mancher Beziehung zweifellos ihre Verdienste. So sind z. B. außenpolitische Erfolge nicht zu bestreiten. Aber der Dank dafür geht nicht Herrn Stresemann, sondern, wenn er überhaupt einer Persönlichkeit zukommt, dann dem Reichskanzler Marx. Er hat es verstanden, überall Vertrauen zu erwecken und nur so konnte jener „Silberkreuzer“ am außenpolitischen Horizont erscheinen, von dem Herr Stresemann fortwährend redet. Dr. Marx hat nie einen Fehl daraus gemacht, daß die Sozialdemokratie an der Beförderung unserer außenpolitischen Lage nicht unbeteiligt ist. Stresemann brachte dagegen nie diese Ehrlichkeit auf. Aber das ändert nichts daran, daß, ohne eine starke Sozialdemokratie im Rücken, die Reichsregierung in London nicht so abgefeuert hätte, wie es in Wirklichkeit der Fall war. Vielleicht wäre heute noch Dortmund und Umgebung besetzt, wenn die Außenpolitik des Reiches in der Sozialdemokratie nicht eine Stütze gefunden hätte, die in der ganzen Welt Vertrauen hervorzubringen und insbesondere auf Herrrot ihre Wirkung nicht verfehlte. So mußten der Regierung Marx außenpolitische Erfolge beschieden sein, die aber restlos vernichtet werden, wenn das neue Kabinett die Politik der Regierung Marx nicht bis zur äußersten Konsequenz fortführt.

Innenpolitisch vermögen wir der zurückgetretenen Regierung nur Tadel zu spenden. Ihr Innenminister Dr. Jarres ist kaum sehr oft in die Erscheinung getreten, aber wenn es der Fall war, zeigte er sich als Reaktionsär, als Mann, der für die Psyche der großen Masse nicht das geringste Verständnis hat. Er brachte zu Beginn des Jahres den traurigen Mut auf, gegen die sozialdemokratische Regierung in Thüringen unter Mißbrauch der Reichsverfassung eine Reichsregierung einzuleiten, die sich auf ganz gemeine Denunziationen stützte. In Bayern aber durfte monatelang Hochverrat begangen werden. Jarres ist auch der Vater des Gedanken gewesen, die Rechte der verfassungsmäßig amtierenden thüringischen Regierung zu beschneiden und unter dem Druck des Militärs Landtagswahlen vorzunehmen zu lassen. Kein Wunder, wenn auf diese Art das Ziel der Rechte erreicht und eine Reichsregierung zustande kam, die sich aber heute schon nicht mehr auf dem Willen des Volkes stützt. Der Lohn für den Mißbrauch der tatsächlichen Rechte soll Herrn Jarres in einer Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl entstehen. Diese Kaderidee zeigt, wie arm die Reichsparteien an Persönlichkeiten sind; denn Jarres ist weder ein Minister noch ein Reichspräsident. Es langt bei ihm höchstens zu einem guten Kommunalpolitiker, und da stehen wir nicht an, bei allem, was wir als Minister an ihm auszuweisen haben, zu erklären, daß er als Oberbürgermeister von Duisburg seine Verdienste hat. In seinem früheren Wirkungskreis mag er sich weiter verdient machen, aber als Innenminister hat er versagt, und darum sagen wir: Endgültig fort mit ihm!

Auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiete kann das zurückgetretene Kabinett, dessen Regierungszeit ja in die beginnende Geld- und Wirtschaftskrisis fiel, zweifellos auch einige Erfolge buchen. Ihnen stehen aber eine Reihe von

Rechtschlägen und eine Reihe von Unterlassungssünden gegenüber. Sie haben ihren Grund in einer manchmal direkt auffallenden Passivität der Regierung in Wirtschaftsdingen, die sich nur zu guter Letzt aus dem ungeheuren Einfluß des Unternehmertums auf die offizielle Wirtschaftspolitik erklären läßt. Man könnte bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung von dem Kabinett Marx sagen: es hatte überall dort Erfolg, wo ein gewisser außenpolitischer Zwang (Dawesgutachten usw.) zur Initiative des Kabinetts führte, und es versagte überall dort, wo der Einfluß des deutschen Unternehmertums auf die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik ungehemmt zum Durchbruch kam. In der Wechselbeziehung zwischen Politik und Wirtschaft könne folgendes festgestellt werden! Für die Wirtschaftspolitik war es ein historischer Fehler, daß die Sozialdemokratie mit einer mehr die allgemeinen Interessen der Wirtschaft berücksichtigenden und umfassenden Wirtschaftsauffassung in diesem Kabinett nicht in größerem Maße zur Auswirkung kam.

In weltwirtschaftlichem Zusammenhang erwuchs dem Kabinett Marx die Aufgabe, das Valutaproblem zu lösen. Das ist ihm im Rahmen der allgemeinen Beruhigung der europäischen Valuten nach der kursorientierten Seite in der Rentenmark-Zwischenlösung und der Einführung der neuen Reichsmark durchaus gelungen. Weniger erfolgreich war die Regierung gegenüber der sich an das Valutaproblem anschließenden Frage der Reorganisation der europäischen Märkte. In den Handelsvertragsverhandlungen und in den Bestrebungen zur Bildung von internationalen Produktions-, Preis- und Absatzvereinigungen (Internationale Trusts) hat die Regierung gerade keine glänzende Rolle gespielt, vielmehr die Initiative, die beim Staat als Hüter der offiziellen Wirtschaftspolitik bleiben mußte, dem Privatkapital zur Befriedigung privater Interessen überlassen.

Ganz versagt hat das Kabinett Marx in der binnenländischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Hier hatte sie es mit dem kompliziertesten Krisenproblem, d. h. mit der materiellen Seite des Währungsproblems zu tun, also im großen und ganzen mit der Preisfrage. Ueberall blieb sie in ihren Maßnahmen auf halbem Wege stehen. Die Operation von der Geldseite her, die allerwichtigste, die sich gegenüber dem Krisenproblem in den Vereinigten Staaten glänzend im Jahre 1923 bewährt hatte, setzte zu spät ein (Schätsche Restriktionspolitik) und wurde unter Einfluß des die Entwicklung fürchtenden Unternehmertums durchlöchernd und durch harmlose Verbittungsaktionen zum Schaden der ganzen Wirtschaft abgelöst. Dazu trat die Agrarpreischauffe, für die neben Herrn v. Kautz das ganze Kabinett verantwortlich zu machen ist. Sie hat zu einer Komplikation des Preisproblems geführt, von der selbst heute große Wirtschaftskörperschaften eine Verschärfung der Krise und eine weitere Behinderung eines immerhin möglichen Konjunkturaufschwungs befürchten.

So hinterläßt das Kabinett Marx eine Erbschaft, die, alles in allem betrachtet, politisch nicht schlecht ist, wirtschaftlich aber die Schwierigkeiten gesteigert und die Gefahren vermehrt hat. Wer dieses Erbe antritt, ist vorläufig gänzlich ungewiß. Der Reichspräsident wird am Dienstag die ersten Besprechungen mit den Parteiführern haben und im Verlauf des Mittwoch weitere Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten führen. Bis dahin dürfte auch Herr Stresemann zurückgekehrt sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ruf zunächst an ihn ergeht, auch ohne daß Stresemann bereit ist, ihn anzunehmen. Was dann kommen soll, bleibt den nächsten Tagen überlassen. Bis jetzt sieht es so aus, daß auch noch eine Reihe von Persönlichkeiten bis in die nächste Woche hinein ihr Heil versuchen, aber scheitern und dem deutschen Volke dann zu Weihnachten die jetzige Regierung Marx in etwas veränderter Form als Weihnachtsgeschenk dargebracht wird.

Wir haben unsere ablehnende Haltung zu solcher Kompromißlösung immer unzweideutig ausgesprochen und eingehend begründet.

ausgeführt. England würde deshalb in Köln bleiben, bis die Entwaffnung völlig durchgeführt sei. Das dürfte nach der englischen Auffassung etwa im Juni der Fall sein. Dann sollen Köln und die Ruhr gleichzeitig freigegeben werden.

Brailsford fügt hinzu: „Das mag eine erträgliche Perspektive für die Kölner und die Ruhrbevölkerung sein, aber es hätte zur Folge, daß es von den Franzosen als eine Zustimmung zu ihrer Auffassung aufgefaßt würde und zu einer Verlängerung der Besatzungsfrist in den von Franzosen besetzten Gebieten führen könnte. Der Effekt auf die öffentliche Meinung in Deutschland aber dürfte katastrophal sein. Von allen Übeln, die der Versaillescher Vertrag mit sich gebracht hat, ist das Besatzungsübel das schlimmste. Wenn die Hoffnung auf eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete entzündet und die Besetzung mit englischer Zustimmung verlängert wird, so wird voraussichtlich die Wendung zum Wessern, die im Gefolge des Dawesberichts eingetreten ist, wieder hinfällig. Es besteht eine neue Gefahr, daß sich die Massen der zentral-europäischen Bevölkerung neuerdings revolutionären oder reaktionären Gedankengängen zuwenden.“

Das ist die Politik der englischen Konservativen, deren Wahltag unsere Deutschnationalen, allen voran der kleine Bismarck, so begeistert begrüßt haben!

## Die Keule Sinowjews.

Der Opposition im voraus eins aufs Maul!

Dr. L. Lübeck, 16. Dezember.

„Es wird uns nicht wundern, wenn die sogenannte Wahlversammlung von den rechten Elementen der KPD zu einem Generalangriff auf die Zentrale der Partei ausgeht. So mögen sich denn die rechten Elemente ihrerseits nicht wundern, wenn sie im Falle eines solchen Angriffes bei der kommunistischen Internationale auf einen allerentschiedensten Widerstand stoßen werden.“ (Sinowjew in der „Roten Fahne“ vor der Wahl.)

Sinowjew hat sich die dreißigtägige Papsttara der kommunistischen Internationale aufgesetzt. Der Mann, von dem Lenin feststellte, daß er ebenso unbegabt als ehrgeizig ist und deshalb für die Sowjetrepublik sehr gefährlich sei, ist heute der unumstrittene Herrscher im Bereich des Sowjetsterns und darüber hinaus in sämtlichen Sektionen der Dritten Internationale. Seine Nützlosigkeit im Niederichlagen eines jeden, der anderer Meinung ist, seine Gemütslosigkeit in der Wahl der Mittel, hat ihm den Weg zu einem Aufstieg geebnet, der nach Ansicht Lenins dem Kommunismus und der Sowjetrepublik zum Verhängnis gereichen wird.

In Rußland hatte Sinowjew nur noch einen ersten Gegner: Trotski. Trotski wurde „frank“ geschrieben; er mußte das milde Klima der Krim aufsuchen. Trotski ist tot, — Sinowjew herrscht allein über das weite Rußland.

Aber alle menschliche Vernunft läßt sich nicht einmal bei der kommunistischen Partei tollschlagen. Immer wieder erhebt sich unter dem fünfzigigen Stern der Kopf der Unzufriedenheit, immer wieder pflanzen die „rechten Elemente“ in der KPD ihr Banner auf.

Besonders die bevorstehende Wahlversammlung der deutschen Kommunisten bereitet dem Imperator Sinowjew schwere Sorgen. Würden die alten mundtot gemachten kommunistischen Führer nicht die Gelegenheit begrüßen, um gegen die Diktatur Sinowjew-Ruth-Fischer-Scholem aufzumachen? Und vielleicht mit Erfolg aufzumachen?

Aber ein Sinowjew weiß Rat. Er packt seine große Keule schon vorher aus und haut sie der Opposition aufs Maul, bevor sie nur irgend etwas gesagt hat. „Der kluge Mann haut vor.“

Wehe, so ruft Sinowjew in einem vor der Wahl geschriebenen Drohkunstwerk aus, wenn es Euch einfallen sollte, für die Wahlversammlung die Zentrale der KPD verantwortlich zu machen. Dann wird sich die gesamte kommunistische Internationale auf Euch stürzen und Eure Oppositionsgesichte mit Stumpf und Stiel ausrotten. Befehlt Euch das Schicksal Trotskis, der gewiß ein guter Revolutionär ist, der aber wagte, gegen Mich. Sinowjew, eine andere Meinung zu vertreten. Seine „rechten Irrungen“ haben ihm das Genick gebrochen und ihn zur Kur nach Südrußland getragen. Wo — seht Euch vor! Hier ist meine Keule!

Ein Wort der Erläuterung! Was will die „Keule“ in der KPD? Was will Trotski? Was wollen die Brandler und Thalheimer?

Sie wollen ganz einfach aus der harten Knippeldiktatur einiger „Unfehlbarer“ heraus. In Rußland ebenso wie in Deutschland. Sie verlangen die Mitregierung der Arbeiterschaft selbst, sie verlangen die Mitarbeit und Miterantwortung weite Teile der Bevölkerung. Kurz und gut — sie verlangen allmähliche Annäherung an den Volksstaat, oder um es mit einem von den Kommunisten vielgeliebten Wort zu bezeichnen, sie verlangen schrittweise Annäherung an die alten demokratischen Ideale.

Trotski spricht, es so aus: Der gegenwärtige Kommunismus der Dritten Internationale bedeutet für Rußland die Diktatur einiger Machthaber, für Deutschland unfruchtbarste Opposition und sinnlosester Putschismus. Will die KPD auf solcher Stufe dauernd stehen bleiben, so bedeutet das für die westlichen Staaten das Zurückfallen in die und fanatische Sekierererei, für Rußland aber das Abwenden der Bauernschaft vom Sowjetregiment und damit dessen Auskehrung und die Vorbereitung staatlicher Umwälzungen, die nicht dem Fortschritt, sondern dem Rückschritt dienen müssen.

Sinowjew haßt alles Spiel mit demokratischer Volksherrschaft. Und den gleichen Haß haben Scholem und Ruth Fischer. Für sie alle hat dieser Haß keinen Grund in dem Streben nach Macht. Volksherrschaft bedeutet nämlich Auswahl der Führer. Und solche Auswahl würde allerdings einem Sinowjew ebenso das Todesgeschick künden wie einem Scholem oder einer Ruth Fischer.

Deshalb schwingen sie die Keule der Diktatur. Deshalb wird jeder, der auch nur den Mund aufzumachen wagt, sofort niedergeschlagen. Deshalb wird jede Opposition aufs Maul geschlagen bevor sie das Maul aufgemacht hat.

„Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet...“

## Gen. Stelling in den Reichstag gewählt.

Breslau, 16. Dezember. (Radio.)

Bei der Aufzählung des endgültigen amtlichen Ergebnisses für den Reichstagswahlbezirk Liegnitz ergaben sich für die sozialdemokratische Partei rund 4000 Stimmen mehr als nach dem vorläufigen amtlichen Reklärt. Dadurch wird auf Grund der Verrechnung im Wahlkreisverband der oberste Spitzkandidat Ministerpräsident a. D. Genosse Stelling in den Reichstag einziehen, während der auf der Reichswahlliste gewählte Genosse Dr. Lohman vorausichtlich sein Mandat dadurch verliert.

## Die Kölner Zone.

Die Pläne Baldwin's.

SPD. London, 18. Dezember. (Eig. Drahtber.)

In dem Wochenblatt der englischen Arbeiterpartei, dem „New Leader“, macht der bekannte Schriftsteller H. N. Brailsford die sensationelle Mitteilung, daß nach seinen Informationen die Regierung Baldwin ursprünglich entschlossen war, aufzutreten für die Besetzung erst mit der Annahme des Dawesberichts durch Deutschland beginnen zu lassen und auf der Basis einer solchen Auffassung einer weiteren annähernd fünfjährigen Besetzung der Kölner Zone zuzustimmen. Diese gefährliche Auffassung sei in den allerletzten Tagen verworfen worden, an deren Stelle aber eine andere Auffassung getreten, die nur um ein geringes besser zu nennen sei. Danach will man die Frage der Besetzung Kölns nicht mit der Frage der Gefährdung des Friedensvertrages, sondern mit der Frage: „Erfüllung der Entwaffnungsklauseln oder nicht?“ verknüpfen. Von dieser Fragestellung ausgehend, sei die Regierung zu folgender Auffassung gelangt: Deutschland hätte sich zwar im großen und ganzen an die Entwaffnungsvorschriften des Vertrages gehalten, die Entwaffnungsklauseln jedoch ungenügend

# Sie kennen keine Scham.

Krupp will an Geschossen verdienen, die auf Deutsche gerichtet waren.

Es ist bekannt, daß vor dem Kriege Waffen wie jede andere Ware Gegenstand des internationalen Handels waren. Es ist daher eine selbstverständliche Folge, daß viele Tausende von den Millionen Toten, die Deutschland im Weltkriege gelassen hat, mit Waffen und Munition niedergestreckt wurden, die von den letzten Fabrikanten geliefert waren. Trugen doch z. B. die russischen Militärgelehrten den Stempel einer bekannten deutschen Waffenfabrik, das feindliche Ausland hatte von deutschen Werken Unterseeboote bezogen, und die Geschütze, die in fremden Armeen standen, aber von deutschen Fabrikanten hergestellt waren, blühten auch nicht gerade spärlich an Zahl gewesen sein. Diese Waffentiefen waren internationaler Brauch, und es fiel keinem Menschen ein, deswegen ein Landesverrat zu erklären zu eröffnen, obwohl hier die Stärke des feindlichen Heeresmacht durch deutsche Kapitalisten ganz offensichtlich war. Die eine Entschuldigung hatte der internationale Kapitalismus, der aus dem Blut der eigenen Landsleute ein Geschäft für sich machte, nämlich die, daß eben Waffen als Ware angesehen wurden, wie jede andere Ware auch. Ans Unglaubliche aber grenzt es, wenn man jetzt hört, daß eine deutsche Firma mehrere Jahre nach dem Kriege eine Klage gegen einen englischen Konzern erhebt, um auf Grund eines alten Vertrages an den Kriegsgewinnen der englischen Munitionsfabrikation teilzunehmen. Hier ist die Meldung:

„Daily Mail“ meldet, daß im nächsten Jahre vor einem deutsch-englischen Gerichtshof ein Prozeß zur Verhandlung kommen wird, in welchem die Firma Krupp gegen die englische Firma Vickers Klage erhoben hat wegen Zahlung einer Forderung auf Granatanzünder, die die Firma Vickers während des Krieges für die britische Armee hergestellt hat. Der Fall ist bereits im September verhandelt und verurteilt worden. Krupp reklamiert eine Summe von 1 Schilling 6 Pence für jeden Zünder sowie 5 Proz. Zinsen, im ganzen einen sehr ansehnlichen Betrag. Die Klage gründet sich auf ein Abkommen, das zwischen der Firma Krupp und Vickers im Jahre 1902 abgeschlossen wurde und nach dem die Firma Vickers sich bereit erklärte, auf jeden Zünder eine Tantieme zu zahlen, der nach den Plänen der Firma Krupp hergestellt würde. Bei Ausbruch des Krieges hörte die Firma Vickers mit den Zahlungen auf. Sie stützt sich dabei auf die Artikel 199 und 208 des Friedensvertrages, wonach sämtliche Verträge zwischen im Kriege feindlichen Mächten durch den Ausbruch des Krieges aufgehoben worden seien.

Mit englischen Granaten wurden in den großen Kämpfen an der Somme in Nordfrankreich, an der Marne 1918 und bei den Kämpfen im Jahre 1918 Hunderttausende von deutschen Soldaten hingemacht. Es wäre zumindest eine Sache des Geschmacks, ob man an dem Verdienst, den die englische Munitionsindustrie aus diesem Geschäft zog, teilhaben will. Die hochpatriotische Firma Krupp dagegen läßt sich für jeden Schuß, der auf die deutsche Front gerichtet war, eine Tantieme zahlen. Und wenn sie sie nicht erhält, so ist das nicht ihre Schuld, sondern diejenige des Gerichts, das den Rechtsanspruch zu prüfen hat. Es muß ein erhebendes Gefühl für die deutschen Mütter sein, zu wissen, daß die Munitionsfabriken der deutschen Firmen sich heute nach an den Gewinnen des „Feindbundes“ bereichern wollen, auf die sie Anspruch erheben, weil diese am Nord der eigenen Kameraden mitgewirkt haben.

Deutsch und national sind diese Kreise, die derartige Geschäfte machen. Bergschick wird man in der deutschnationalen Presse eine Spur der Entzückung suchen über diese Leute, die den Profit vor das Vaterland stellen.

## Sine neue Justizwände.

Freigeisprozesse Arbeitermörder.

Das Schwurgericht in Halle sollte am Sonnabend ein Urteil über die Freigeisprozesse aussprechen. Der Tatbestand ist folgender: In der Nacht vor den Reichstagswahlen am 4. Mai machte sich eine Horde von Arbeitermördern, rechtsradikaler Blat-abtreter, an den Arbeitern des aus den mitteldeutschen Anruhen bekannten Ortes Teutschenthal bei Halle ein Feuer zu legen. An der Spitze stand ein gewisser Feldhüter, namens Heine, der heute Stuhlbohrer ist; im Jahre 1918 hatte er sich im Soldatenrat zu Halle als einer der radikalsten Schreier ausgegeben und mußte seinerzeit wegen seiner Schickmüt aus dem Soldatenrat ausgeschlossen werden. Er führte jetzt den deutschvölkischen Kampftrupp, der sich aus Jüngern des „Stahlhelms“, „Deiwols“ und „Scharnhorst“ zusammensetzte, nach einem wohlüberlegten Schlachtplan ins Gefecht. Als es ihnen dabei gelang, Arbeiter in eine Schanze zu jagen, wurden zwei der Arbeiter trotz ihrer Wunden, sie nicht zu erschließen, von Heine und seinen Spießgesellen niedergeschossen und tödlich verletzt. Der Staatsanwalt hielt eine Rede von 3/4 Jahren Gefängnis wegen Totschlags für ausreichend. Das Gericht war von noch unerschütterlicher Weisheit. Es sprach Heine trotz schwerwiegender Zeugnisaussagen frei, ein anderer Angeklagter erhielt ein halbes Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von 5 Monaten Unterbringungshaft, und zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Der zweite Angeklagte erhielt 2 Jahre 3 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit Geldstrafen davon oder wurden freigesprochen.

## Religion als politisches Schachergeschäft.

Der „Kampf“ um das bayrische Konkordat.

SPD. München, 12. Dez. (Eig. Drahtber.) Der Kampf um das Konkordat ist in ein neues Stadium getreten. Nach wie vor ringt im Verfassungsausschuß des Reichstages die Delegation des Konkordats und die Opposition hartnäckig miteinander. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß es sich um einen reinen Stellungskampf handelt, bei dem beide Gegner befeuert sind und hoffen, daß ihnen in kürzester Zeit eine entscheidende Hilfe von außerhalb des bayerischen Parlaments zuteil wird. Die Gegner des Konkordats legen noch die Forderung, daß durch die immer härtere Ausprägung des freigeislichen Weltansichtes des Volkes innerhalb und außerhalb der weiß-blauen Grenzgebiete die schwanke Gestalten im Landtag — das sind die protestantischen Delegationen — den Mut verlieren, ihr Schachergeschäft zu verlassen, während die bayerische Volkspartei und ihre Regierung die neue und, wie sie glaubt, entscheidende, Stütze von einer Seite holen, die im eigenen Augenblick überzogen, nämlich von Berlin. Als Ausgangspunkt der Lage des Bürgerkriegs in diese verknüpft und verlangt die bayerische Volkspartei einen Druck der jugendlichen demokratischen Persönlichkeiten und der Reichsregierung, auf deren Verhalten im bayerischen Landtag, und es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeiten, daß im Verlauf dieser Kampfkampagne auch die Regierung des Reiches zu einer Bürgerrechtskoalition beträchtlich gehen wird. In dieser Linie wird die bayerische Volkspartei in erster Linie offen unterstützt von den „München“ und „Kampfer“, von denen man behauptet, daß in letzter Zeit die Richtung ihrer Bestrebungen in die Hände des Herrn von Cramer-Kleist übergegangen seien, der seit seinem Abtritt vom Protestantismus zur katholischen Kirche übergetreten ist.

Die augenblickliche Taktik der deutschnationalen Fraktion im Bundtag geht dahin, in das Mantelgesetz der drei Kirchenverträge zusätzliche Interpretationen des Gesetzgebers über die besonders dringlichen Bestimmungen des Konkordats in der Schulfrage hineinzubekommen. Gegenüber diesem Verlangen, das im Verlaufe der Verhandlungen im Verfassungsausschuß zuerst vom sozialdemokratischen Redner Dr. Höpner gestellt wurde — selbstverständlich nicht etwa als eine Bedingung für eine eventuelle sozialdemokratische Zustimmung zum Konkordat — zeigt die Regierung bisher noch wenig Gegenliebe. Aber auch wenn die bayerische Volkspartei in diesem Punkt nicht nachgibt, so ist trotzdem mit der Annahme des Konkordats zu rechnen, da im Notfall die deutschnationalen Fraktion nach dem großen Vorbild der früheren Reichstagsfraktion sich einfach in Ja- und Neinfragen teilen wird. Eine Mehrheit für den ganzen Gesetzentwurf der Kirchenverträge ist dann deswegen gesichert, weil durch die drei Zentrumskreise der Parteien Vereinigung und die letzten Uebertritte aus den Reihen der Völkischen die Basis der Regierungskoalition hinreichend gestärkt ist.

## Theorie und Praxis.

Chamberlains löhne Worte für den Völkerbund.

London, 16. Dezember. (Radio.)

Der Außenminister Chamberlain begann seine mit Spannung erwartete Rede über die außenpolitische Lage am Montagmittag im Unterhaus mit Komplikationen für den Völkerbund. Er sei von Rom zurückgekehrt mit neuen Kenntnissen über das Wesen der Arbeit des Völkerbundes. Ueber seine Besprechungen mit dem französischen und dem italienischen Ministerpräsidenten und mit anderen Persönlichkeiten des Völkerbundes sagte er, der Hauptwert seiner Besprechungen läge darin, daß er mit diesen Staatsmännern im persönlichen Kontakt gekommen sei. Bei allen seinen Besprechungen habe er keine Schwierigkeiten gefunden und durch die dabei getroffenen Abmachungen würden für keines der Völker Schwierigkeiten entstehen. Die Verhandlungen seien vertraulich gewesen, er könne darum nicht länger berichten. Er habe mancherlei über die Stellung der Länder zum Genfer Protokoll gehört, aber er sei nicht in der Lage gewesen, über die Stellungnahme der britischen Regierung dazu etwas zu sagen, weil das Kabinett erst nach seiner Abreise in die Beratungen des Protokolls eingetreten sei. Ueber die Frage der internationalen Schulden habe er keine Aussprache gehabt. Er habe weder versucht, in dieser Frage einen neuen Vertrag, noch eine neue Entscheidung zu erlangen. Was aber gesucht und in den Besprechungen auch erreicht wurde, war, kleinere Schwierigkeiten für die gemeinsamen Interessen der ganzen Welt aus dem Wege zu räumen und künftig zu vermeiden.

Zu der Kritik in seiner Politik gegenüber Ägypten und Rußland sagte er, daß er auf seiner Reise vielfach wegen der Haltung der Regierung in der ägyptischen Krise beglückwünscht (!) worden sei und daß insbesondere die fremden Kolonien, deren Schutz in den Händen Englands liege, diese Politik gutgeheißen hätten. Die antientliche Agitation in Ägypten, die in der Ermordung des Sirdars gipelte, habe die Regierung gezwungen, der Fortsetzung dieser Bewegung mit kräftiger Hand ein Ende zu bereiten. Hinsichtlich der Frage einer Entscheidung des Völkerbundes über die ägyptische Krise sagte er, es bestehe kein Anlaß (!), den Völkerbund damit zu beschäftigen.

Ueber die Angelegenheit des Sinowjew-Briefes sagte Chamberlain, daß die Regierung den Brief von einer bestimmten Quelle erhalten habe, daß ihr aber schon vorher aus einer völlig anderen Quelle der ganze Inhalt des Briefes bekanntgewesen worden sei. Danach habe die Regierung auch noch von anderen vollkommen von einander unabhängigen Stellen den gleichen Wortlaut mitgeteilt erhalten. Daran habe sie die Gewißheit über die Echtheit des Briefes gewonnen.

## Praktische Sabotage.

SPD. London, 15. Dezbr. (Eig. Drahtber.)

Die Regierung des irischen Freistaates fordert, daß die Grenzstreitigkeiten zwischen Nord- und Süd-Irland dem Völkerbund zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Vertrag zwischen England und Irland sei bei dem Völkerbund notifiziert und registriert worden. Er sei daher legitimiert, den Streit zu schlichten. Die englische Regierung bestreitet kategorisch die Zuständigkeit des Völkerbundes, weil der erwähnte Vertrag eine innere Angelegenheit des britischen Imperiums sei.

## Die englische 20prozentige Abgabe.

Wesentliche Milderung.

SPD. London, 14. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Gilbert, hat London wieder verlassen, nachdem die Differenzen wegen der Erhebung der 20prozentigen Exportabgabe geschlichtet worden sind. Gilbert hatte nicht nur gegen die Erhebung der Exportabgabe durch England, sondern auch dagegen protestiert, daß England unter dem Regime des Dawesplanes weiterhin über die Erträge dieser Abgabe verfüge. Er hat dabei geltend gemacht, daß alle von Deutschland geleisteten Zahlungen durch ihn verwaltet werden müßten. Das jetzt zustandgekommene Abkommen gestattet zwar auch weiterhin, daß England Abgaben auf Grund des Recovery-Akts einnimmt, aber es bestimmt, daß diese Erträge dem Generalagenten zur Verfügung überwießen werden. Dagegen hat die englische Regierung sich vorbehalten, daß Belgien für diese Erträge sein Prioritätsrecht nicht geltend machen kann und sie auch nicht zur Deckung der Belagungslosten verwendet werden dürfen. Uebrigens ist bei dieser Gelegenheit zwischen Gilbert und der englischen Regierung vereinbart worden, daß Belgien in nächster Zukunft zu erlauben, die Beträge in Reichsmark in Form Sierling zu zahlen und die Beträge nicht bei jeder Einfuhr, sondern pauschal monatlich zu entrichten.

Die von Gilbert mit der englischen Regierung vereinbarte Regelung war nach Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages zu erwarten und bereits in einem Zusatzabkommen, das nach dem Plan Dawes angesetzt, vorgezogen. Der Wortlaut der Regelung lautet, daß die deutsch-englische Handelsverträge von den varentwärtigen Komplikationen der Abfuhrung der Abgabe an die englische Behörde befreit wird und weiterhin die Abgabe in Form einer Pauschalsumme in deutscher Währung zu leisten ist, wodurch die Ausgabe, die deutsche Währung zu sichern, bedeutend erleichtert wird. Ferner werden nicht Summen unnötigerweise festgelegt, die Englands Anteil an den Reparationszahlungen wesentlich übersteigen hätten. Die Regelung nach dem Recovery-Akt war ohne weiteres eine wesentliche Bedrohung des Dawesplanes. In diesem Sinne ist die Gilbertsche Regelung besonders hoch zu bewerten. Sehr wahrscheinlich wird sie ihre Auswirkungen auf Frankreich und Belgien, wo die Recovery-Akte Nachahmung gefunden hat, ausüben.

## Der Mörder des Generals Sted.

Die Unschuld der ägyptischen Regierung erwiesen. SPD. London, 15. Dez. (Eig. Drahtber.)

Den Untersuchungsbehörden in Kairo ist es gelungen, den Mörder des englischen Generals Sted festzustellen. Es ist der Sohn eines Beamten in Suban. Der Täter selbst hat man noch nicht ergreifen können. Auch zwei andere am Mord als Helfer Beteiligte, die ebenfalls aus dem Suban stammen sind festgestellt worden. Daraufhin wurden drei der fünf von den Engländern in Kairo verhafteten Abgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Umstand, daß die Täter aus dem Suban kommen, macht England und nicht die ägyptische Regierung die Macht in der Handen hat, entlastet die Regierung in Kairo von den englischen Vorwürfen, daß der antientliche Bewegung in Ägypten nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt worden sei.

## Amsterdams Antwort an Moskau.

Die Entscheidung bis zum Februar vertagt.

Amsterdam, 14. Dezember.

Der ISB-Amsterdam hat beschlossen, den letzten Brief der Zentral-russischen Gewerkschaften, der sich mit der Verschmelzung der Gewerkschaften überhaupt befaßt, wie folgt zu beantworten:

Der Vorstand des ISB hat sich in seiner Sitzung vom 1. Dezember mit der Prüfung Ihres Briefes vom 23. November befaßt. Wir haben aus Ihrem jetzigen Schreiben und dem Brief vom 26. Juli entnommen, daß Sie nicht bereit sind, sich dem ISB auf Grund seiner Statuten und Bestimmungen anzuschließen. Statt dessen schlagen Sie die Einberufung eines gemeinsamen, allgemeinen Kongresses vor, an dem nicht nur alle dem ISB und der Roten Internationale angeschlossenen Organisationen, sondern auch sämtliche Organisationen teilnehmen sollen, die dem Prinzip des Klassenkampfes nahesteht. In unserem Brief vom 11. September haben wir bereits darauf hingewiesen, daß der Wiener Kongress uns bestimmte Direktiven gegeben hat bezüglich der Einberufung von Besprechungen über den Anschluß der russischen Gewerkschaften an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es obliegt unserem Ausschuß, der mit dem Vorstand die Beschlüsse unserer internationalen Kongresse zu interpretieren und auszuführen hat, über ihre neuen Vorschläge auf Einberufung eines Arbeiter-Kongresses zu beraten. Das Datum unserer Ausschusssitzung wurde für den 5. Februar 1923 und folgende Tage festgelegt.

SPD. Amsterdam, 15. Dez. (Eig. Drahtber.)

Der Konflikt zwischen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale und den britischen Gewerkschaften über die Herstellung einer Einheitsfront der internationalen Arbeiterkraft durch Verständigung mit der albanischen Gewerkschaftsorganisation hat eine Verschärfung erfahren. Der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Purcell, der seine kommunistischen Tendenzen niemals verleugnet hat und vor kurzer Zeit in Moskau ohne Vollmacht der Amsterdamer Internationale Verhandlungen führte, erklärte, daß, falls die Amsterdamer Internationale keine Anstalten mache, sich mit Moskau zu verständigen, die britischen Gewerkschaften die Initiative für die Herstellung einer internationalen Einheitsfront ergreifen würden.

## Frankreichs Griff nach Marokko.

Frankreich will das Erbe antreten.

SPD. Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Der „Reit Parisien“ meldet am Sonntag, daß die französische Regierung in einer an die spanische Regierung gerichteten Note Aufklärung über deren Absichten in Marokko verlangt hat. Dieses Ersuchen wurde damit begründet, daß die Aufgabe eines großen Teils der Spanier überlassen worden und die Zurückziehung der spanischen Truppen auf die Küste eine neue Situation geschaffen hat, die im Widerspruch steht mit den Bestimmungen des spanisch-französischen Vertrages vom Jahre 1912 und das französische Protektorat gefährdet.

Die französische Demarche dürfte der Ausflucht der zwischen Herriot und Chamberlain gelegentlich ihrer Pariser Besprechungen zustandgekommene Vereinbarung sein, die darauf hinausläuft, daß Frankreich gegen Unterstützung der englischen Politik in Ägypten und Vorderasien freie Hand in Marokko erhalten soll.

Spanien völlig geschlagen.

Paris, 15. Dezember.

Die von Frankreich in Madrid überreichte Marokko-Note dürfte als ein Akt zu einer Aktion zu betrachten sein, die von der französischen Regierung im Einvernehmen mit England vorbereitet wird und die Besitzergreifung der von Spanien geräumten Zone zum Ziel hat. Auch die von den Montag-Abendblättern veröffentlichten Meldungen weisen darauf hin, Unruhe und Aufruhr habe die ganze muslimische Welt ergriffen und die Ereignisse in Ägypten bzw. Tripolis an den Rand ihres Scheiterns gedrückt. Indien durchschreite eine neue Periode der Agitation. Auch Mesopotamien, die Türkei und Gebirgs geben Anlaß zu weiteren Befürchtungen. Marokko insbesondere habe es vermocht, die spanische Herrschaft abzuschütteln. Die mit Umgehung der spanischen Zensur eintreffenden Nachrichten weisen darauf hin, daß Spanien mit Ausnahme von Tanger und Melilla sämtliche Positionen in Marokko verloren habe. Auch Tetuan in der Nähe von Tanger sei bedroht. 120 000 Mann seien ihren Rückzug fort. Die Front sei durchbrochen, und während die eine Hälfte des spanischen Heeres sich nach Melilla zurückzieht, suche die andere Tetuan zu erreichen. Der Aufstand hatte auch die bis jetzt friedlichen Stämme ergriffen. Einige Punkte an der Küste seien in die Hände der Aufständischen gefallen.

Trotzdem die offiziellen Communiqués des spanischen Direktors von einem mühsamen und verlustreichen Rückzug sprechen, glauben die französischen Blätter zu wissen, daß etwa 20 000 Mannschaften gefallen und etwa 7000 von den Eingeborenen gefangen genommen seien. Das ganze Hinterland sei von den spanischen Truppen geräumt worden, und nur einige Punkte an der Küste befinden sich noch in seiner Hand. Offen steht nur die Frage, wer davon Besitz ergreifen wird. Es ist anzunehmen, daß alles, was Frankreich in dieser Richtung unternimmt, in vollem Einvernehmen mit England geschehen wird.

## Politische Notizen.

Paris, 15. Dezember. (Radio.) In Quai d'Orsay fand am Montag zwischen den deutschen und französischen Sauerbräu-Verhandlungen eine Besprechung über die Frage der zurechtzuringen Waren nach dem 10. Januar 1923 statt, da von diesem Tage an das Schiffsverkehrsprivileg der zurechtzuringen Waren eingeraumt werden soll. Eine Einigung darüber ist nicht erzielt worden, die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Belgrad, 15. Dezember. Im Süden Serbiens sind zwischen den Truppen Jugoslawiens und albanischen Kommandos sehr heftige Kämpfe entbrannt. Die Kräfte beider Parteien halten sich vorläufig noch die Waage.

# NeuYorker Börsenorgien.

(Von unserem NeuYorker Berichterstatter.)

SPD. NeuYork, Anfang Dezember. Erst in den letzten Tagen scheint die beispiellose Hauffebewegung an der Effektenbörse, die am Tage nach dem Wahltage Coolidges einsetzte, in ruhigere Bahnen lenken zu wollen. Die vierwöchige Berleicherungssorgie hat den Wert der an der Wallstreet gehandelten Securities um viele Milliarden gesteigert, den Preis der Börsenmitglieder um 1 Tag von 60 000 Dollar auf mehr als 100 000 hinausgetrieben und am Tag eine halbe bis eine volle Million in Walfischen gepfeift. Selbst in demokratischen Blättern kann man lesen, daß der Wallstreet-Boom, die Hauffe von der NeuYorker Börse eine neue Wirtschaftsbilste eingeleitet habe und auch die sonst vorzüglichen („konserativen“) großen Finanzzeitschriften (so „The Commercial and Financial Chronicle“, „The Harvard Economic Service“, „The Trade Review“ und die „Business Bulletin“ der großen Banken) schwimmen wohlgenut in der Welle des allgemeinen Optimismus. Europäische Beurteiler müssen glauben, der Coolidge-Wahlsieg habe über Nacht wirtschaftliche Wunder gewirkt und das wirtschaftliche Milieu für Amerika herbeigeführt.

In Wahrheit handelt es sich aber, um an ein gebräuchliches Bild zu erinnern, kaum um viel mehr als den Silberregen einer dunkelshweren Waffe. Der Witz ist nur der, daß die „große“ Presse wie auf Verabredung nur von dem Silberregen spricht. Nichts wäre falscher als eine Beurteilung des amerikanischen Wirtschaftslebens auf Grund der Hauffebewegung an der amerikanischen Börse und des Echo, das diese Bewegung in der amerikanischen Presse gefunden hat. Bis jetzt haben nämlich nur die Aktienmärkte und Spulanten verdient; die eigentliche Wirtschaft gibt wenig Anlaß zu Optimismus, wohl aber zeigen sich überall die unangünstigen Folgen der Hauffe: Die Preise im allgemeinen Warenhandel, vor allem die Lebensmittelpreise, werden noch weiter hinausgeschraubt und damit wird der großen Masse das Dasein noch mehr erschwert. Ja, die Höhe der Preise, die der Handel dem hilflosen Konsumenten abzwängt, werden von den Handels- und Finanzredakteuren der kapitalistischen Presse als Beweise für die neue Prosperität zitiert. Die Wahrheit ist, daß der amerikanische Kapitalismus von der Prosperität als Folge des Coolidge-Sieges spricht und an bessere Gelegenheiten für die Schöpfung des Konsumenten und Druck auf die Löhne denkt. Schon jetzt lassen die Bahnen gar keinen Zweifel daran, daß sie eine Steigerung der Frachttarife und Kohrgrader im Schilde führen und garricht daran denken, das Publikum an dem Segen ihrer bedeutenden Mehreinnahmen zu beteiligen.

Es war erst vor wenigen Wochen, als die berühmte Bowers-Mission in NeuYork den Prosperitätsschwindlern eine peinliche Sensation bereitet, indem sie der Presse eine von ihrem Präsidenten unterzeichnete Erklärung übergab, wonach ihre Gebeirversammlungen zurzeit im Laufe von acht Tagen von über 1600 Personen besucht würden, von denen annähernd 1400 arbeitslos und obdachlos seien. Die Arbeitslosigkeit hat seitdem nur in ganz geringem Maße abgenommen, stellenweise sogar zugenommen. Nach wie vor wartet neben der Prosperitätsparade der Finanzleute, großen Weizenbauern und Bahnmagnaten das gleiche Heer des Elends. Nach wie vor liegen in Neu-England anderthalbhunderttausend Textiler auf der Straße. Die neue Börsehaufe ist nur ein Vorbote für eine weitere Steigerung der Lebensunterhaltskosten der breiten Masse, nicht aber einer Erleichterung ihres Daseinstampfes.

## Reichstagswahlen und nationale Minderheiten.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Bei den Reichstagswahlen im Mai hatten die in Deutschland lebenden Polen mit großer Aufmerksamkeit einen sogenannten Block der Minderheiten in Deutschland ins Leben gerufen, dem außer den Polen selbst noch Dänen, Wenden, Litauer und Friesen angehören sollten. Der Block brachte es auf 135 000 Stimmen, von denen 120 000 polnische waren. Dieses Ergebnis zeigt einmal, daß es sich hier um eine künstliche Aufbausung der Minderheitenfrage in Deutschland handelte und zweitens, daß dieser Block nichts anderes als eine andere Form des „Bundes der Polen“ in Deutschland darstellte. Dieses Glasto hat den polnischen Minderheitenblock nicht gehindert, bei den Wahlen vom 7. Dezember erneut aufzutreten. Diesmal brachte er es nur noch auf 94 000 Stimmen und erlangte ebensowenig ein Reichstagsmandat wie bei den Maiwahlen.

Wenn der Polenbund trotz des vorherzusehenden Glastos den Minderheitenblock bei den letzten Wahlen erneut in Aktion hat treten lassen, so ist der Zweck vor allem ein außenpolitischer im Interesse der Warschauer Politik gewesen, nämlich der, dem Ausland, insbesondere dem Völkerverbund gegenüber den Eindruck zu erwecken, als bestünde in Deutschland hin-

sichtlich der Minderheiten ein ähnliches Verhältnis wie in Polen. Wie sehr eine solche Propaganda der tatsächlichen Verhältnisse entbehrt, beweist allein die Tatsache, daß der Block der Minderheiten in Polen bei den Parlamentswahlen Ende 1922 rund 1 1/2 Millionen Stimmen, d. h. etwa 1/2 aller abgegebenen Stimmen erhielt, und das trotz des Wahlbottotts der Ukrainer in Ostgalizien, wodurch sie 89 Mandate erlangten.

Nun wird freilich die Bedeutung der Minderheiten bei den Wahlen und im Parlament von den Rechtsparteien in Polen sehr unangenehm empfunden. Es besteht daher eine Agitation der Rechtsparteien dafür, die bestehende Wahlordnung zu ändern mit dem unverhüllten Zweck, den Minderheiten und den Vorkriegsparteien, nicht zuletzt auch der polnischen Sozialistischen Partei die Erringung von Mandaten auf das Äußerste zu erschweren. Vor wenig Tagen hat in Warschau der Kongreß der von Witos geleiteten Bauernpartei, die sich immer mehr zu einer Rechtspartei entwickelt, konkrete Vorschläge für eine Veränderung der polnischen Wahlordnung formuliert. Danach will man Wahlkreise mit nur einem Mandat einführen, außer in den Ostgebieten einschließlich Ostgalizien. Dort bilden nämlich die Polen nur eine Minderheit, würden daher bei Wahlkreisen mit einem Mandat ohne Vertretung bleiben. Ferner sollen auf den Reichstagen nicht mehr als ein Zehntel aller Abgeordneten gewählt werden dürfen, was also wieder für Parteien, die über das ganze Land verstreut sind, z. B. Juden, Deutsche, aber auch Industriearbeiter, planmäßige Wahlentrichtung bedeutet.

Das Wahlrecht wird die Reaktion in Polen schwerlich ändern können, da dazu eine Zweidrittelmehrheit gehört. Deswegen versucht man, durch eine Veränderung der Wahlordnung, wie sie die Witosische Partei der Großbauern vorschlägt, zu dem gleichen Ergebnis zu kommen. Es wäre freilich eine arge Täuschung, wenn man sich in Polen der Illusion hingeben sollte, auf diesem Wege etwas anderes zu erreichen als eine neue Verschärfung der bestehenden Gegensätze.

## Der Kampf um den Index.

Neue Vorschläge der Gewerkschaften.

SPD. Die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen haben an das Statistische Reichsamt ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Die Gewerkschaften lehnen den bestehenden Index (Lebenshaltungsindex) ab. Sie legen dem Statistischen Reichsamt nahe, einen Index aufzustellen, der die Bewegung der Preissumme für eine friedenmäßige Lebenshaltung annähernd richtig wiedergibt und auch darum den Stand der Leistung für einen solchen vorkriegszeitlichen Verbrauch im Verhältnis zur Vorkriegszeit in v. S. -Sachen richtig angibt.“

Die Vorschläge vor, bei der Bildung dieser neuen Indexziffer wie folgt zu verfahren: Zunächst wäre festzustellen, in welchem Verhältnis die Gruppen der Ernährung, der Heizung, Wohnung und Beleuchtung, der Bekleidung und des sonstigen, insbesondere des kulturellen Bedarfs bei einem normalen Vorkriegsbudget zueinander stehen. Danach wäre innerhalb der Gruppe der Ernährung eine Zusammenstellung von Nahrungsmitteln vorzunehmen, die in Mischung, Qualität und Menge etwa diesem friedenmäßigen Budget entspricht. Es dürfen aber keine Nahrungsmittel ausgeschlossen werden, deren vielleicht andersartige Preisbewegung im Rahmen des Gesamtbudgets einen erheblichen Einfluß haben könnte. Eine solche Zusammenstellung kann in Anlehnung an die Erhebung von Haushaltsrechnungen in Friedenszeiten vorgenommen werden.

Damit der Kulturbedarf im Rahmen des der Indexziffer zugrunde liegenden Gesamtbudgets nicht zu klein wird, schlagen wir vor, daß für die Gruppe dieser sonstigen Ausgaben eine besondere Gewichtung vorgenommen wird.

Wesentlich muß bei der künftigen Feststellung des Anteils für die Wohnungsmiete verfahren werden. Es steht fest, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung eine weit höhere als die gesetzliche Miete bezahlen muß. Diese hohen Mietpreise müssen unbedingt künstlich im Index berücksichtigt werden. Wir schlagen daher auch hier die Methode einer Gewichtung vor. Es muß auch unbedingt zu der Miete, die an den Hauswirt zu zahlen ist, ein etwa durch Sachverständige abzuschätzender Prozentsatz hinzugenommen werden für Instandhaltungskosten usw. Bewegt sich nun der gesetzliche Mietpreis, so sind diese prozentualen Zuschläge natürlich immer wieder auf den neuen Preis solange zuzuschlagen, als die oben aufgezählten Zusatzwohnungskosten weiter bestehen.

Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Teile des Lohnes und Gehaltes, die von dem Arbeitnehmer als Einkommensteuer und Sozialbeiträge abgezogen werden, ebenso Teile der Lebenshaltung sind wie die in den Warenpreisen erscheinenden indirekten Steuern usw. Deswegen halten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände die weitere Nichtbeachtung jener Ausgaben bei amtlichen Indexberechnungen für untraglich.

## Die Auslandskredite der Länder und Gemeinden.

SPD. Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, hat die vom Reich eingeleitete besondere Kommission, die Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden usw. festlegen sollte, ihre Arbeit fertiggestellt. Die Richtlinien sind bereits der Reichsregierung und den Länderregierungen zugestellt worden. Sie sollen den Ländern die Möglichkeit geben, auf die Aufnahme von Auslandskrediten größeren Einfluß als bisher auszuüben. Begrenzt wird das damit, daß die Länder am besten die Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit der Gemeinden kennen müssen. Trotz dieser Erweiterung der Rechte der Länder ist das Reichsfinanzministerium nicht geneigt, den Grundgedanken einer einheitlichen Auslandskreditpolitik aufzugeben.

Bisher war die Angelegenheit der kommunalen usw. Auslandskredite durch die Vorbereitung des Reichspräsidenten geregelt. Diese Vorbereitung ist von einigen Ländern mit Widerspruch aufgenommen worden. Paris fordert z. B. bereits heute die Zustimmung der Reichsregierung sofort nach dem Zustandekommen der eben erwähnten Vereinbarung, auf jeden Fall aber noch vor dem 31. Januar 1925.

Dem neuen Reichstag erwächst die Pflicht einer genauen Nachprüfung der Richtlinien, da eine Gefährdung der zentralen Auslandskreditpolitik möglich ist, die einer Gefährdung unserer Finanzpolitik Abbruch tun würde.

## Ein echter Nationalist.

Einer der eifrigsten „Gott-straßen-Engländer“ Deutschen und Führer der Vaterlandspartei in Nordschleswig war der Antisozialist Landwirt J. Clausen in B. o. Er betätigte sich während des Krieges eifrig in deutschen geheimen Nachrichtenendienst — bis Deutschland zusammenbrach. Da wurde er plötzlich eben so eifriger dänischer Nationalist, als er vorher deutscher gewesen war. Er gehörte zu den Nordschleswigern, die Ostern 1920 beim dänischen König in Audienz erschienen und von ihm verlangten, daß Dänemark J. Clausen anerkennen sollte, ebenso meldete er sich bei der internationalen Nordschleswig-Kommission als Kommissar, wo man ihn aber hinauswarf. Trotzdem erzieute sich der ebenso nationalphische wie wandelbare Herr bis zum heutigen Tage größten Ruhms in den Kopenhagener Eiderdänerkreisen. Dieses Verhältnis hat nun aber mit einer peinlichen Berufssache geendet. Clausen, der für seinen „Patriotismus“ viel Geld verbracht, hatte in Paris, wohin er nehmlich oft reiste, einen Deutsch-Amerikaner angepömpelt und ihm als Sicherheit Obligationen einer hiesigen Stadt im Werte von 457 000 Mark und Aktien einer nordfranzösischen Kohlenmine von 30 000 Franken übergeben. Das war sein Verdienst, denn diese Aktien waren von einem in Grandpres in den Ardennen wohnenden Franzosen als sein Eigentum, das ihm während der deutschen Besetzung Grandpres 1918 gestohlen worden war, angemeldet. Der Amerikaner und die französische Staatsanwaltschaft haben gegen Clausen Anklage erhoben und Kopenhagen steht einem Stambalprozess entgegen, der wohl manches Licht auf das „selbstlose“ Treiben des wandelbaren Chauvinisten werfen wird.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Rechtsanwaltschaft u. Feuilleton: Hermann Bauer. Für Inzerate: Carl Luidhardt. Verleger: Carl Luidhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## la. Natur-Skunks

Die ersten beiden Worte sind beim Einkauf einer Skunks-Garnitur zu beachten. Die größte Auswahl, ganz erstklassige eigene Verarbeitung, sowie billigste Preise bietet Ihnen das

Peiz-Maus

## Friedrich Zimmermann

Königsstraße 24, Ecke Pfaffenstraße. 14181

## Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

35. Fortsetzung.

„Sie holte einen Krug Wacholder und schenkte ihm ein. „Es war net gut, wenn ich allei blieib, Lorenz. — Da müßt ich den Steibruch schon fahre lasse, un 's Kapital wär verlore.“ Ihr Antlitz flammte. Da stammelte er verlegen: „Der Quellmojer ist et lebiger Mann.“ „Bei, fuhr sie da auf. „Der? Der?“ Und sie stemmte die Arme in die Seite und schüttelte sich vor Lachen. „Dann machte sie eine wegwerfende Handbewegung. „Lorenz, das halt d' net ernst gemeint.“ Der Knecht sah zur Seite. „Das is niks.“ „No, Ihr könnt Euch 'n annern Knecht nehme. Weiß ich dann, ob's mir hier oben ewig gefäll.“ „Wann d' erst noch et Zähne da gebliebe bist, dann bleibst d' mer ganz da. Wann dann alles gut gange is, der Steibruch Geld bringt, dann sollst d' mal sehe. Du halt hier zu befehle, du allei. Siehst de, was ich vor Vertraue zu der hab, was ich dir jetzt schon geb.“ „Et Magd mühte mer doch wieder habe.“ „Ich sein jung, ich zwing's allei.“ „Ihr hatt doch mei Schwester?“ „Mei Mann wollt sei jung Weib schone. Aber, was is an mir jetzt noch zu schone?“ „Ihr seid doch immer die Felschöferin.“ „Sie sah ihn strahlend an. „Et Gutsbäuerin, meinst d', muß et Magd habe, sonst werd je über die Schulter aguckt. Net? Später nehme mer vielleicht wieder et. — Gel, dir is 's et wenig langweilig?“ „D neil!“ erwiderte er nun wieder in seiner trostigen Art. „Warum mir? Lauf ich den Weibeleut nach?“ Und er stürzte ein Glas Brantwein hinunter. „Ach, Lorenz, das war ja net so gemeint. Ich weiß, ich weiß schon, was d' vor et Bursch bist. Deiner Hühner wege brauchst's sei Weibsvolk z' gebe.“ „Es klang fast wie Bedauern und Seufzen. „Ich meint nur, wenn der Bub kommt, wüßtst du die Arbeit über'n Kopp. Un die Lene küm schon als Magd, un die kennst schon das Kind.“ „Die Gene? Die geleht, Lorenz. Nei, nei, da sich ich lieber bis in die Nacht.“

Es war ihm, als unterdrücke sie nun mühsam ihre Rede, als wolle sie noch fragen, fürchte sich aber davor. In ihrem Gesicht schien es denkwürdig zu stehen. Ihre Blide glitten angstvoll über ihn hin. Was die Frau nur gegen das Mädchen hatte? „'s is et gelheide un flechtig Mädchen, Felschöferin.“ „Ich will die net un tel anner.“ „Nun beugte sie sich über den Tisch, sah ihn eindringlich an und fuhr fort: „Ich hab so Angst, Lorenz, d' kannst denke, was d' willst, ich hab so Angst, so et Mädchen holt dich mir weg.“ „Auf dem Hof trahste ein Hahn.“ „Wie aus einem Traum fuhr er auf. „Aber später wollt er doch et nehme, habt 'r gesagt.“ Und er lachte: „Wann ich alt sei? Wann mich lei mehr mag?“ „Nei, wann d' lei mehr brauchst, Lorenz.“ Nachdem sie aus dem Eckgrat ein Stück Kreide geholt hatte, setzte sie sich dicht neben ihn, schob die Flache etwas beiseite und sagte: „Mer wolle nu mal rechne.“ Dem Knecht wurde es eigen zumute, er fühlte sich plötzlich bekommen und unsicher. Und nun neigte sie sich noch nach ihm hin, daß er die Wärme ihres Blutes und den Hauch ihres Mundes spürte. „Lorenz unser Gut is groß —“ Sie besann sich eine Weile. „Wichtig Alder,“ vervollkommnete er. Die Felschöferin legte die Hand auf seine Schulter. „Ganz recht. Dazu kommt der Hof, das Vieh, die Aussicht auf Gewinn von der Teufelswand. — Ich mein, da müßt mer noch et Hypothek kriegen könne. — Sechstausend Mark verleihe?“ „Nei, das geht net. Da hätt dann der Felschöfer doch die Finger darvon lasse solle. Aber he war immer gleich bei der Hand. — He hielt sich vorn Knie.“ — He wollt's Steifeld hochbrunge, aber der Bürgermeister und der Alder und all die, die was je sage habe, habe 'm Baummaß in die Käder gesteckt. „Auf mich hat he nie net gehört, weil ich ja auch ein Steifeldweib war. — Euer Köpp steck im Kewel, un euer Herz is von Steil! — Das hat he dich genug gesprochen. — Da müßt mer also jeht Geld luche. Ich hab an die Spartaß in Holztrich gedacht, Lorenz.“ „Un dann müßt vor allem der Maurer Rechnung lege un den Felschöfer mit in die Steibruchfirma aufnehmen. Ich mein, vor Gericht müßt das gemacht werde. Der Maurer geht allem aus 'm Weg. Ich denk, wann im Frühjahr die Sach angehe soll, müßt man sich jeht schon nach den Güll umgucke, mer müßt die Wage mache lasse, un hier auf 'm Felschöfer müßt mer vor e Berdehall lorge. Das läßt sich alles net übers Knie breche. Aber 's scheint, he will Euch los werde. He meint, mit 'm Weibsvolk könnt he mache, was he wollt.“ Sie rückte näher heran und sagte mit leise vibrierender Stimme: „Wann d' bleibst, hat's gute Weg. — Und das Wort gibst mer doch?“

Er fühlte ihren heißen Atem an seiner Wange. „Daß ich als Knecht auf's Jahr wieder bleib, das is abgemacht.“ „Un daß d's besser habe sollst als erst, is auch abgemacht. Ich lege d'r dei Stub ode hin. Ueber dem Stall is arg kalt.“ „Kalt schlaf is gut.“ „Vor den, der heiß Blut hat.“ Und sie lachte ihn an. „Heiß Blut?“ „Jo, du hast feins, Lorenz. Vor dich wär et gewärmt Bett 's beste.“ Ihre Augen zwinkerten schalkhaft und voll innerer Lebendigkeit. Der Knecht schüttelte den Kopf und sah an ihr vorbei. Er dachte, was auf dem tiefsten Grund ihres Herzens rege war und sich nur noch schente, das Gewand der Worte anzugenehmen. „Un den Bub hol ich erauf. Un wie's dann kommt, so kommt's — Nei, Lorenz?“ „Ich denk, Bäuerin, wie mit's mache, so kommt's. Ich denk, mer müße dem Maurer un den Steinfelder unser Kraft gegenlehe? — Nei wie's kommt, so kommt's.“ „No ja,“ sagte sie dann gedämpft. „Ich mein, mit uns Lorenz.“ Mit brennenden Augen sah sie ihn an. Wenn er sie richtig verstanden und dann das eine Wort gesagt hätte! Aber der Lorenz war der gutmütige, sage Bursch aus dem Wald. „Dann mach's mit 'm Maurerwillen ab.“ Er erhob sich. „Ihr seid die Besitzerin, Ihr habt's Wort über 'n Felschöfer. Un dann werd mer sehe, wieviel Kapital nötig is. Der Sach wolle mer schon Hand und Fuß gebe.“ „Was willst d' jeht?“ „Müßt breite am Haifeld.“ „Er trank aus und stampfte davon. Je länger er über der Felschöferin Worte nachdachte, desto fester schlang sich ein Band um ihn, desto mehr fühlte er seinen Willen weichen. Bergschlich wehrte er sich dagegen. Immer wieder kamen die Gedanken an das Weib und nahmen ihm seine Freiheit und fraßen an seiner inneren Kraft. Fast fühlte er es körperlich: Ein Schlangenkäuel in der Brust, das laugt und laugt. „Doch wieder wär er den Kopf in den Nacken. „Arbeit allein erhält stark und frei! — Vor kaum fünf Minuten hatte die Felschöferin aus einem großen blauen Topf die gestohlenen Kartoffeln auf den Tisch geschüttet.“ „Es war Zeit zum Abendessen.“

(Fortsetzung folgt.)

An unsere Inferenten!

# Anzeigen

Von größerem Umfange bitten wir einen Tag vor dem Erscheinen anzugeben, weil andernfalls keine Gewähr für Aufnahme gegeben werden kann.

Anzeigen-Abteilung  
Lübener Volksbote

Adresskarten fertigt Friedr. Meyer & Co., Lübeck.  
Johannisstraße 46

**Zum Backen!**  
Kuchensirup . . . 80.4  
Dunkler Sirup . . . 20.4  
Mil. Diam.-Mehl 521.40  
Mehl . . . 5 85.4  
Mandeln . . . 1/4 80.4  
Sufflade . . . 1/4 80.4  
Kokosraspel . . . 1/2 85.4  
Koffein . . . 1 70.4  
Korinthen . . . 1 65.4  
Weißes Schmalz 17 1.00  
Margarine . . . 1 65.4  
Gr. gelbe Zitron. 6 St. 25  
Staub-Zucker . 1 48.4  
Nepfel 20.4 10 1.80  
Backpulver 1/2 5.4 23.15  
Vanille-Zucker 2 Pf. 15.4  
Alle Gemütze n. u. gem.  
**Eduard Speck**  
Düppstraße 80-84

**Fritz Reuters**  
Ausgewählte Werke  
3 Bände Ganzleinen  
18.50 Wf.  
Buchhandlung  
„Lüb. Volksbote“  
Johannstr. 46.

## Eine kleine Zugabe

Sieben eingetroffen:  
**6000 Stück feine Toiletten-Seiten**  
welche mit meiner Firma versehen und  
**extra als Weihnachts-Zugabe**  
gedacht ist. — Sie erhalten deshalb schon beim Einkauf von 2.— Mark an  
3 Stück dieser feinen Seite zu!

Nun meine billigen Preise:

Hübste Chevot-Kleider . . . . . 6 <sup>60</sup>	Imitiert Pelzjacken . . . . . 14 <sup>50</sup>
Selder-Trikot-Kleider . . . . . 9 <sup>50</sup>	Krimmer-Mantel schwarz, braun 34 <sup>25</sup>
Warme Morgen-Kleider . . . . . 8 <sup>75</sup>	Rillenhaut- u. Tuchmäntel v. 22 <sup>00</sup> an
Elegante Gabardine-, Popellne- u. Woltrips-Kleider } billig	Kostüme, Kinder-Mäntel Kleider, Blusen u. Röcke } billigst
Herrn-Huzüge guter Sitz, v. 25 <sup>00</sup> an	Gutes Obergarn 4fach . . . . . 20 Pf.
Herrn-Flaschmäntel . . . . . 39 <sup>00</sup>	Twist . . . . . Knauel nur 5 Pf.
Haus-Smokings . . . . . 39 <sup>00</sup>	Hosenträger mit Lederstrippe 65 Pf.
Solider Herren-Stiefel Kastenbox 9 <sup>80</sup>	Lack-Spangenschuhe . . . . . 9 <sup>05</sup>
Herrn-Halbschuhe . . . . . 6 <sup>85</sup>	Solider Damen-Stiefel . . . . . 4 <sup>20</sup>
Leiter-Gamaschen . . . . . 5 <sup>75</sup>	Halbschuhe mit flachem Absatz 6 <sup>10</sup>
Gestreifte Pilot-Hosen . . . . . 4 <sup>95</sup>	Kammgarn gestreift . . . . . 5 <sup>95</sup>
Buchskin-Hosen . . . . . 3 <sup>95</sup>	Einzelne Stoffhosen . . . . . 4 <sup>95</sup>
Gute Schlosserjacken . . . . . 2 <sup>95</sup>	Schlusserhosen . . . . . 2 <sup>95</sup>
Damen-Hemden . . . . . 1 <sup>25</sup>	Herrn-Jagdwesten . . . . . 5 <sup>95</sup>
Taghemden mit Stickerel . . . . . 2 <sup>50</sup>	Gestrickte Unterjacken . . . . . 4 <sup>95</sup>
Reinleider . . . . . 1 <sup>95</sup>	Normal-Hemden wollgemischt . . . . . 2 <sup>95</sup>
Schlupfhosen Winterware . . . . . 1 <sup>95</sup>	Starke Barchent-Hemden . . . . . 2 <sup>05</sup>
Warme Barchent-Hosen . . . . . 2 <sup>45</sup>	Blaue Flanell-Hemden . . . . . 6 <sup>95</sup>
Gute Barchent-Röcke . . . . . 2 <sup>45</sup>	Herrn-Sweater, blau . . . . . 9 <sup>50</sup>

## Kaufhaus des Ostens

Franz Wehrendt, Lübeck, Unt. Hützstr. 110

*Erfreut  
Eure Lieben!*

# PELZE

Pelzkragen, chines. Ziege  
in Tierform . . . . . 19.75

**16<sup>75</sup>**

Pelzkragen, groß. Frauen-  
kragen in Skunks-Kanin  
**25<sup>75</sup>**

Pelzkragen, pafagonisch  
Kanin . . . . . in Fuchsform  
**48<sup>00</sup>**

Pelzkragen, echt Kreuz-  
fuchs, vollst. Tiere . . 59.75

**56<sup>00</sup>**

Pelzkragen, echt amerik.  
Opossum, Frauenkragen  
**64<sup>50</sup>**

Täglich  
bis 7 Uhr abends  
geöffnet.

Weihnachtsmärchen-  
Vorverkauf für  
das Stadttheater  
im Reisebüro.

# Karstadt

### Für Kinder-Aufnahmen

in der beliebten Skizzen-Ausführung,  
auch im eigenen Heim, empfiehlt sich  
Photogr. Werkstatt Emma Maas  
Lübeck, Sandstr. 21, I. (Pelzhaus Boy)

### Das reelle Einkaufshaus

Ecke Holstenstr. St. Petri 2-4

## Ehlers & Reetwisch

Herrn- und Damenkonfektion  
Manufaktur - Seinen - Betten  
Reelle braune  
und schwarze Stiefel, Schuhe usw.

Kleiderstoffe - Aussteuer  
Neuheiten in Damen-Konfektion  
Hospen - Bekannt reelle Qualität

### Bei mir erhalten Sie

trotz meiner niedrigen Preise  
**umsonst**  
beim Einkauf von 3.00 Mark an  
**1 Tafel Schokolade**  
von 6.00 Mark und mehr.  
**1 Karton Weinberg-Pralinen**  
in hübscher Geschenkpackung

Hier einige Beispiele meiner Preis-  
würdigkeit:  
Arbeitsstiefel, kräftiger Boden  
gute Ausführung . . . . . 8.90, 6.95  
Herrn-Stiefel, la. Rindbov 11.50, 8.90  
Damen-Schnür- u. Spangen-  
Schuhe, Koffschneureu . . . . . 6.90  
do. Vorkalf, Rahmenarbeit . . . . . 11.50  
Damen-Stiefel, la. Koffschneureu  
und Vorkalf . . . . . 11.50, 9.80  
Kinder-Stiefel, braun imit. Chereau  
31/35 nur 6.90  
" " schw. Rindbov  
27/30 4.95 31/35 6.90  
Kamelhaar-Schuhe für Kinder, Damen  
und Herren, sowie 14224  
Leder-Hauschuhe in großer Auswahl.  
Verkauf ab Lager: Breite Str. 51, I (Hodermann)  
und Laden: Marktwiese 2

### Schuhhaus Koopmann

Sonntag von 12-6 Uhr geöffnet!

Pa. trockenes Anheizholz  
pro Stk. 1.80 Mk frei Haus (1402)  
Max Boye, Falkenw. Tel. 8441

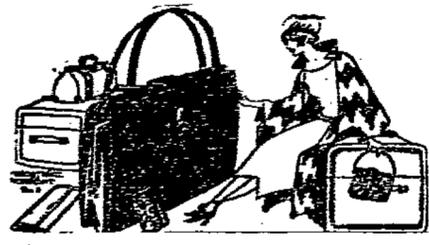
Zigaretten  
Zigarren  
C. Wiltfoot  
Os. Hützstr. 18

Pianos  
Flügel  
Sprechapparate  
Platten  
Klavier  
Sägel, alle  
billige Preise  
A. Friedr.  
Kausmann  
Johannstraße 14  
Vertretung  
Reichstein - Lübeck

## Praktische Weihnachtsgeschenke

in feinen Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln

aus eigener Fabrikation:  
Damenhandtaschen  
Besuchstaschen  
Beuteltaschen  
Brieftaschen  
Geldbörsen  
Goldscheintaschen  
Zigarrentaschen



Lederkoffer  
Ersatzkoffer  
Einrichtungskoffer  
Reiseneccessaires  
Stadtkoffer  
Schreibmappen  
Aktmappen  
Schulrännel  
Manikures

empfiehlt  
**f. Fränkel,** Spezialhaus für feine Lederwaren und  
Reiseartikeln.  
Breite Strasse 35. Beachten Sie meine Schaufenster! Holstenstrasse 4.

**Billing! Billing!**  
Herrn- und  
Burschen-  
Garderoben  
Damen- u. Kinder-  
Garderoben  
Baumwollwaren  
Stoffe - Gardinen  
Sämtl. Schuhwaren  
**Kaufhaus  
des Ostens**  
Fr. Wehrendt,  
Lübeck,  
Unt. Hützstr. 110

## Bürgerschaft und Städtische Betriebe.

### Das Selbstgeschrei des General-Anzeigers und seiner Trabanten verpufft.

h. Lübecl, 15. Dezember.

#### Immunität.

Haut (Soz.) legt als Vorsitzender des Vorkommensausschusses die Gründe dar, die den Staatsanwalt zur beantragten Strafverfolgung von Windisch und Heilborn (Komm.) veranlassen. W. hielt eine Grabrede, die erst der Genehmigung des Pastors bedürftig hätte und H. hat die Reichswehr beleidigt. Im ersten Falle erlaubte sich der Pastor Viezig in Fackenburg von radikalen Elementen zu sprechen, einen Ausdruck in der Eingabe, die Haut energisch zurückwies. Die inkriminierten Stellen im Kommunisten verurteilte Haut, verwies aber zugleich auf den guten Ton im volksparteilichen Aufbau, der in der letzten Nummer sozialer Schmutz verzapfte, daß man auch klagen könnte. Der Kleine-Berne-Groß-Redakteur sei der Sozialdemokratie aber nicht so viel wert. — Der Vorkommensausschuß empfehle die Strafverfolgung abzulehnen. — Dr. Wittern (Völk.) hält die Auffassung der Bürgerschaft, daß eine Genehmigung der Bürgerschaft zur Strafverfolgung notwendig sei, für unwichtig. Die Staatsanwaltschaft könne und müsse ohne Genehmigung der Bürgerschaft die Strafverfolgung aufnehmen. — Heilborn (Komm.): Wäre Dr. Witterns Auffassung richtig, dann würde die Staatsanwaltschaft die Bürgerschaft gar nicht befragen. Im Reichstag wie in der Bürgerschaft seien die Abgeordneten vom Tage des Zusammentritts an immunitätsgewiß. Im Reichstag wie in der Bürgerschaft seien die Abgeordneten vom Tage des Zusammentritts an immunitätsgewiß. Im Reichstag wie in der Bürgerschaft seien die Abgeordneten vom Tage des Zusammentritts an immunitätsgewiß. Im Reichstag wie in der Bürgerschaft seien die Abgeordneten vom Tage des Zusammentritts an immunitätsgewiß.

#### Besondere Unterstufungen.

Mittel für eine Sonderunterstützung. (60 000 M.). — Fürsorge für langfristige Erwerbslose. (120 000 M.). — Schmidt (Komm.) kritisiert das System der Notstandsarbeiten. Die Erwerbslosen müßten zu Tariflöhnen entlohnt werden. Man müße die Erwerbslosen, die 52 Wochen arbeitslos seien, einfach vom Staat ansetzen. Auf den Baustellen herrsche ein maßloses Anreizsystem. Es habe in Schlupf bereits zu einem Unfall geführt. — Rosenquist (Wirtsch.) fordert, daß die Hafenarbeiter, die die Nacharbeit verweigert haben, nicht auf der Erwerbslosensliste geführt werden. — Karl Müller (Soz.) stellt diesen Fall richtig. Die Artikel in der bürgerlichen Presse waren völlig falsch. Wir haben diesen Fall gestern im Volksboten ausführlich behandelt und verweisen darauf. Der Zweck des ganzen Vorstoßes sei nur gewesen, die Hafenarbeiter vor der Öffentlichkeit herabzusetzen. — Schmidt (Komm.) stellt den Zusatzantrag, daß die Notstandsarbeiten vom Bauamt übernommen und dafür Tariflöhne gezahlt werden. — Dreger (Soz.) nimmt Bezug auf Rosenquists Anmerkungen und bezeichnet den Versuch der Arbeiter, sich als auszuweisen, als leichtfertige Anklagen. Herr Rosenquist hätte sich leicht erkundigen können, daß die Vorwürfe der bürgerlichen Presse über die Hafenarbeiter unbedeutend seien. Der Antrag der Kommunisten über die Erwerbslosen widerspreche dem Reichsbestimmungen und schaffe überdies zwei Arten von Erwerbslosen. Tarifliche Entlohnung, so wünschenswert sie auch sei, könne heute einfach nicht durchgeführt werden. Der Verwaltungsausschuß beim Wohlfahrtsamt sei eifrig bestrebt, Verbesserungen nach Möglichkeit durchzuführen. Wer den Erwerbslosen wirklich helfen wolle, müsse dem Senatsantrag zustimmen.

Dr. Wittern (Völk.) spricht sich dahin aus, daß Notstandsarbeiten stets als solche von Senat und Bürgerschaft beschlossen werden. Andernfalls seien es reguläre Arbeiten, für die Tariflöhne gezahlt werden müßten. Der Senat müsse die Arbeiten, die für die 120 000 Mark gemacht werden sollten, ausführlich benennen. — Senator Dr. Wermehre verweist auf die Richtlinien des Reichsarbeitsministers. Es sei bedenklich und gar nicht möglich, dem Wunsch des Vorredners zu folgen. Bedenken können ja geltend gemacht werden, aber vertragen dürfte man die Vorlage im Interesse der Beteiligten nicht. — Nickel (Komm.) meint, man brauche nur zu wollen, dann könne man den Erwerbslosen auch helfen. Die doppelte Unterstufung falle gar nicht ins Gewicht. — Dreger (Soz.): Die Vorlage muß heute verabschiedet werden, da die kürzlich bewilligte Summe schon überschritten ist. Eine sofortige Feststellung der Notstandsarbeiten sei nicht möglich, da eine Prüfung der Reichsrichtlinien durch die Baubehörde notwendig sei. Dreger fordert Verabschiedung der Vorarbeiten. Im Augenblick sei nicht zu entscheiden, was Notstandsarbeiten sind. In den Vorbereitungen der Ueberführung Erwerbsloser in eine andere Klasse hätten sich gewisse Anzuständigkeiten herausgestellt, in Zukunft werde wohl keine Unterbrechung der Arbeit mehr eintreten brauchen. — Der Antrag Dr. Wittern betr. Mittelung der Arbeiten, die für die 120 000 Mark ausgeführt werden sollen und der Antrag Schmidt betr. Tariflöhne werden abgelehnt. — Die Senatsanträge angenommen.

\*

#### Die Städtischen Betriebe.

##### Senator Löwigt

betont, daß die Stadt Betriebe immer den Gegenstand von Wünschen und Beschwerden gebildet hätten. Niemals habe an der Spitze ein Mann gestanden, der es allen recht machen konnte. In irgend einer Weise sei jeder an den Städt. Betrieben interessiert und da sei es nicht weiter verwunderlich, wenn auch heute solche Stimmen aus dem Publikum kommen. Die Tatsache ist ja richtig, daß die Tarife höher sind als früher. Die Frage ist nur, ob die Sätze berechtigt sind oder nicht. Darüber kann man nicht aus freier Luft urteilen, sondern man muß die Tatsachen kennen. Was geschieht nun in Lübeck? Eine Zeitung inszeniert eine förmliche Dege gegen die städtischen Betriebe und ihren Leiter. Sie informiert sich nicht, sondern greift in einer Weise, die mit Unstand wenig zu tun hat, die

Verwaltung an und sucht den Generaldirektor, der ein auf seinem Gebiete hochangesehener Fachmann ist, persönlich und gehässig an. Heute Abend ist sogar eine Schmuckchrift gegen Herrn Generaldirektor Hende herausgegeben worden. (Hört, hört!) die eine Kampfesweise niedriger Art darstellt. Es muß selbstverständlich freier Kritik auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung herrschen, aber diese Kritik darf nicht Selbstzweck sein. Jede Kritik, die fruchtbar sein soll, muß bei ihren Beanstandungen die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen. Das geschieht bei diesem Vorhaben in keiner Weise. Sind denn die Tarifverhandlungen heute überhaupt möglich, ohne die Existenz der Werke zu gefährden? Nein! Wie ist es in der Privatwirtschaft und zum Beispiel in der betr. Zeitung. Dort werden ebenfalls bedeutend höhere Preise gefordert. Sie müßen notwendig sein, dann soll man aber diese Notwendigkeit auch den Städt. Betrieben zuweisen. Sie können überzeugt sein, daß niedrigste Preise bei größter Wirtschaftlichkeit der Betriebe das Ziel der Verwaltung sind. Nach kaufmännischen Grundsätzen müßen die Einnahmen ausreichend sein, um den Ausbau und die erforderlichen Rückstände vorzunehmen. Wer nach dem Rezept der Kritiker verwalten wollte, würde die Werke ruinieren und die Stadt und ihre Bevölkerung schwer schädigen. Das Müßigen der früheren Zeitung gegen die heutige beweist nur, daß der Leiter manchem ein Dorn im Auge ist, den man beseitigen möchte. (Sehr richtig!) Der Untergrund heult im Interesse einzelner Privatindustrien verborgen. (Sehr gut!) Die glauben verlegt zu sein. Wer sitzt denn neben dem früheren Leiter im Verwaltungsrat? Vertreter der Wirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und der Arbeiter. Das mußte der Verfasser der Angriffe nicht einmal. Der Verwaltungsrat hat einstimmig die Maßnahmen des Vorstandes gebilligt. Das gleiche hat die Finanzbehörde und der Senat getan. Es haben also lauter Männer bei den Beschlüssen mitgewirkt, die die Verhältnisse besser kennen als jemand der aus der freien Natur heraus Betrachtungen anstellt und sie tendenziös in die auswärtige Presse leitet.

#### Generaldirektor Hende

verweist auf die seinerzeitige Notwendigkeit der Betriebsliquidation der städtischen Betriebe, die sich infolge der Inflation ergeben habe. Alles habe vor dem Abgrund gestanden, rasches Handeln sei jeden Tag notwendig gewesen. Man habe ihn bei der Aufstellung ohne jeden Pfennig Betriebskapital in die Welt geschickt, die Finanzbehörde habe ihm gesagt, Geld sei unter keinen Umständen vorhanden. Die Preiserhöhungen müßten der Geldentwertung angepaßt werden, mit den Entschleunigen sei dasjenige die Geste auf dem Halm verkauft worden. Man wüßte nicht, wie die Löhne bezahlt werden sollten. Das vorläufige Gehaltsausgeben habe doch zum Erfolg geführt, man sei im Gegenzug zu anderen Städten ohne Auslandscredite angekommen, was wiederum von Nutzen für die Industrie sei, der man nicht durch Ueberanpassung der Kredite das Geld verterten habe. Was für das Werk notwendig sei, müsse aus ihm selbst herausgeholt werden. Die Finanzbehörde bewillige keinen Kredit. Niemand kann garantieren, ob die Verhältnisse so bleiben. Da hieße es vorbeugen. Im einzelnen geht dann der Redner auf die Vorwürfe ein. Er betont u. a., daß er selbstverständlich nicht habe sagen wollen, die Straßenbahn sei schlechter als in anderen Städten. Auch ihm sei bekannt, daß sie sich infolge der verringerten Kaufkraft der Marktschleier stellen und daß deren Bezüge in absehbarer Zeit erhöht werden müßten. Aber für das Werk selbst seien die Lasten beträchtlich geblieben. So auch für die Kleider, da sich die Textilien um 200 Prozent erhöht hätten. Vorteile hätten die Arbeiter auch durch Kartoffel- und Kohleneinkauf gehabt, bei denen das Werk nennenswerte Beträge vorgestreckt habe. Dann sei der Urlaub von 4 Tagen auf 14 ausgedehnt. Die jagenden Lasten erforderten mehr Zuschuß. Damit wolle er durchaus nicht behaupten, die Arbeiter ständen auf Kufen. Der Redner erläutert ferner den Preis der Materialien und der Straßenbahnwagen und bezeichnet die in der Presse darüber gemachten Angaben als Fälschungen von unerfahrenen Leuten. Lübeck besitze mit nur noch zwei Städten die gleiche Spurweite und sei so bei einer Ausdehnung der Lieferanten unterworfen. Die vorgesehene Erweiterung habe den erforderlichen 1,6 Millionen, die Wagen selbst bedürften dringend der Auffrischung. Ansonsten im Interesse der Verkehrssicherheit sei vor allem der zweigleisige Ausbau von der Abzweigung Schlutup nach der Herrenbrücke. Dann beschliefte man einen Knotenverkehr mit Omnibus von Lübeck nach Travemünde. Dieser Straßenbahnausbau, der früher auf 1,9 Millionen veranschlagt war, erfordere heute 2 1/2—3 Millionen. In absehbarer Zeit sei ein Ausbau nicht zu denken. Der beschriebene Automobilverkehr könne natürlich nur einen Teil des Verkehrs bewältigen, das andere müsse der Lübeck-Rüchener Bahn überlassen bleiben. Eine gleiche Verbindung sei nach Rüssow und Ahrensbeck geplant und notwendig. Die Straßenbahn repräsentiere heute einen Wert von 8 Goldmillionen und erfordere 6 Prozent des Anlagekapitals für Erneuerung. Nach der heutigen Wertenernung seien jährlich 480 000 Mark Rückstellungen notwendig. Damit sei das noch nicht ausgeglichen, was durch die Zeit unterbleiben müßte. Die Straßenbahn könne ihr Anlagekapital nicht, wie die Industrie, mehrere Male im Jahre umlegen. Der Redner stellt dann Berechnungen über die befahrenen Zonen an und kommt zu dem Ergebnis, daß die Behauptungen der Presse unwahr seien, wonach die Mehrheit über 50 Prozent Zuschlag bezahle. Welche man den Betrieb wirtschaftlich gestalten, dann könne man nicht wie früher die Anhängewagen einen großen Teil des Tages leer laufen lassen. Eine Umstellung der Zonenart sei sehr schwierig. Der ersten zwei Zonen hätte eine sofortige Verteuerung auf 20 Pfg. für die nächsten zwei Zonen zur Folge oder einen Einnahmehausfall von 560 000 Mark. Er könne die Verantwortung für einen solchen Abbau nicht übernehmen. Wer sozial empfinde, der müsse auf einen Tarifabbau für die weiten Strecken hinarbeiten, von dem die Arbeiter und Angestellten Nutzen hätten. Von den heute täglich beförderten 26 000 Fahrgästen seien die Hälfte Kurfahrer. Es sei besser, wenn diese etwas mehr bezahlten als die notwendigen Einnahmen des Staates auf die Verbraucher von Gas und Wasser abzuwälzen. Der mehrer Vertehr mache nach den Berechnungen erfahrener Fachleute die Mehrausgaben nicht immer wert. Eine Aufstellung ergebe, daß 36 Städte mit 13 Millionen Einwohnern 15 Pfg. Mindesttarif nehmen und nur 8 Städte mit 1,2 Millionen weniger. Auch in der Kies- und Sandfuhrfrage habe eine gewisse Preisunrichtigkeit Behauptungen aufgestellt. Die Siedler und Baumunternehmer seien mit dieser Abfuhr einverstanden und sie sei auch schon vor dem Kriege gefordert worden. Wer so wie wir die wirtschaft-

liche Katastrophe gesehen habe, müsse vorsichtig zu Werke gehen. Der Verkehr sei allerdings wider Erwarten gestiegen, doch sei im Verhältnis die Wagenlänge nicht überschritten worden. Weiter behandelt der Redner die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise und betont, daß die Höhe der Preise von der Finanzbehörde festgelegt werde. Auch hier habe man an Unfug grenzende falsche Beispiele aus anderen Städten gebracht. Einer Ueberpannung der Preise werde schon dadurch vorgebeugt, weil sonst der Konsument zu den Kohlen zurückgreife. Der Rückschlag bei Gas betrage 35 Prozent, und für diesen Aufschlag könnten Kohlen nicht bezahlt werden. Dann müsse man auch den Heizwert des Gases in Betracht ziehen, der gerade in Lübeck am höchsten sei. Ungeschieden von der Preise sei es auch, den Vertrag mit dem Hochofenwerk immer heranzuziehen. Dieser hänge in der Luft und zudem müßten wir für unsere nur teilweise ausgenutzten Gaswerke Rückstellungen machen, um bei Vertragserneuerung nicht schuldig dazustehen. Davor müßten wir uns sichern. Die beschriebenen Verkaufsgeschäfte sollen keine Einnahmequelle werden, sondern der Bevölkerung die neuesten Apparate zeigen und sie dafür interessieren. Den Handwerkern und Ladenbesitzern sei überdies angeboten worden, mit der Betriebsbehörde gemeinsam den Laden aufzumachen. Die Leute müßten auch für die Gasheizung interessiert werden. Der Redner gibt dann über die Beleuchtung der Straßen Auskunft und über die vorgesehene elektrische Beleuchtung von Giebelbach bis zum Klingenberg und betont, daß die vom Denkmalrat abgelehnten Reflektoren eine gute Einnahmequelle darstellten. Ob der Vertrag mit der Ueberlandzentrale für uns heute noch gut sei, bilde noch sehr die Frage. Der Verbrauch des elektrischen Lichts in den Läden sei von 80 auf 300 Stunden zurückgegangen und infolgedessen genötigt die Lichtbetriebe im Verhältnis zur Nutzungsdauer eine Verbilligung von 7 Pfg. ohne Kriegserweiterung. Und ansatzweise die Ladenbesitzer beschwerten sich. Ein gleicher Tarif für Laden- und Hausbenutzung sei ungerecht. Eine genaue Regelung sei erst möglich, wenn man wieder einen besseren Ueberblick habe. Gerade in bezug auf die Lichtlieferung sei viel getan worden. Auch den Siedlern sei Strom zugeführt worden. (Zuruf: Auf ihre Kosten!) Auch wir haben zugehört. Der Wasserpreis betrage 10 Prozent mehr als früher, der Tarif ist allerdings unglücklich. Das werde sich ändern, wenn alle Wassermesser eingebaut sind. Unbegreiflich sei der Angriff im General-Anzeiger auf die Wassermesser, die vor einem Jahr allgemein gefordert wurden. Der Redner betont zum Schluß, daß seine Arbeit in seinem früheren Wirkungskreis allgemein anerkannt worden sei und daß selbst in Remscheid die Kommunisten sich diesem Urteil angegeschlossen hätten.

\*

#### Die Ansprache.

Ewers (Völksp.) verurteilt die niedrige Stimmung der anonymen Kampfschrift und betont, daß er die Ausführungen des Senators Löwigt unterschreibe. Die Straßenbahn biete seiner Fraktion keinen Anlaß zu größeren Einsparungen. Die Tariffrage könne nicht in der Bürgerschaft gelöst werden. Die Ordnung der städtischen Betriebe müsse beibehalten werden. Herr Direktor Hende hätte die Inflation nicht besonders herausgreifen sollen, sie hätte alle betroffen. Die Kritik habe erst im Februar eingeleitet, als die Goldmark stabil wurde. Was seitdem an der Straßenbahn auszuwählen sei, sei, daß der heutige Betrieb nach rein fiskalischen Gesichtspunkten geführt werde. Betriebsverbesserungen seien nicht immer mit Unkosten verbunden. Der Verwaltungsausschuß dürfe nicht bremsen, sondern müsse die Defizitlosigkeit vertreten. Aus den laufenden Einnahmen könne der Betrieb nicht allein verbessert werden. Man treibe so nur eine Monopolverwaltung, die Theaurierungspolitik bedeute eine Kopffsteuer und sei auf die Dauer nicht haltbar. (Dr. Leber: andere Steuern lehnen Sie ja ab!) Es sei Herrn Generaldirektor Hende nicht zu verdenken, wenn er sich gegen die Presse wende, aber dazu sei die Bürgerschaft nicht da. Die Leitung der städtischen Betriebe habe die Fühlung mit dem Publikum vermissen lassen. Auch wer eine Straßenbahn unter sich habe, müsse sich mit dem Publikum abverleihen. Wenn sich auch mancher Schreiber von Eingekleideten hauptsächlich nur persönlich gedruckt sehen wollte, so dürfte die Behörde doch nicht dagegen aufstreifen, wie es geschehen sei. Der Verkehr sei zum Standal ausgeartet gewesen, heute aber wesentlich gebessert. Seine Vorwürfe stüpfelten in den Anklagen gegen die Straßenbahn: Kurzfristige Betriebsverbesserungen, äußerst gefährliche Finanzpolitik, Mangel an Feingefühl. Wenn eine Uenderung eintreten, bleibe allerdings nichts anderes übrig, als das Geßel über die Betriebsbehörde aufzuheben. Heute seien wir aber noch lange nicht so weit. Herr Generaldirektor Hende sei ein äußerst befähigter Kaufmann. (Zuruf Dr. Vieh: Und trotzdem Sauerwattung?) — Harß (Hausb.) wünscht Annahme des kommunistischen Antrages, der Kommisionsprüfung der Verhältnisse fordere. — Wandke (Dem.) erklärt, seine Fraktion sei nicht der Auffassung, daß alle Vorkehrungen der Betriebsbehörde richtig gewesen seien. Aber er habe den Auftrag, zu erklären, daß der Kampf gegen die Leitung der städtischen Betriebe und die Verwaltung niedrigster Art sei und von seiner Fraktion verurteilt werde. Der Redner kritisiert die Unterlassung des Ausbaues der Rüdiger Linie und wendet sich gegen die beschriebene Einstellung eines Ladens durch die Betriebsbehörde. Diese solle bei der Bevölkerung aufklärend wirken. Viele Forderungen der Bevölkerung seien heute nicht zu erfüllen. Am besten sei, wenn eine Kommission alles prüfe. Die Sandfuhr seien auf Verreiben des Sauerwerbes durch Senator Strad eingeführt worden, um zu einer Verbilligung zu kommen. Diese billige Art des Materialtransportes wolle das Sauerwerbe nicht unterbunden sehen. Man könne ja mit den sonst noch interessierten Kreisen zu einer Verständigung kommen. — Hof (Komm.) behauptet, die Betriebsliquidation der städtischen Betriebe habe für die Bevölkerung keine Vorteile gebracht. Die Kommunisten hätten dies vorausgesehen. Man habe immer große Ueberhöhe heranzugewirtschaftet. Die Höhe habe man nicht angeben. Die Städtischen Betriebe hätten die Aufgabe, die Bevölkerung zu entlasten. Eine Ermäßigung der Tarife sei notwendig, der Nachweis sei nicht erbracht, daß die Werke dadurch nicht bestehen könnten. Die Städtischen Betriebe seien nicht dazu da, die Ueberhöhe für den Staat herauszuholen. Der Verwaltungsrat habe sich für Herabsetzung der Tarife einzusetzen. Im weiteren kritisiert der Redner die Lohnberechnung des Generaldirektors Hende und dessen Abicht, die Kraftstrompreise zu verbilligen, ohne an die Lichtstromverbraucher zu denken. Unangebracht wäre auch eine Verbilligung des Heizgases auf Kosten des Kohleges. Seine Fraktion habe ihre Aufgabe aufrecht. Der Redner fragt den Generaldirektor Hende, ob es richtig sei, daß er Anweisungen an die Arbeiter und Beamten

der Betriebe gegeben habe, anlässlich der in der Presse and Ver-  
gesellschaft angeführten Fragen, keine Aussagen zu machen.

### Die Abrechnung mit dem General-Anzeiger.

Haut (Soj.)

vermahnt sich eingangs seiner Ausführungen gegen die Neuher-  
stellung des deutschvölkischen Dr. Fink, der im Vorfall die Rede  
des Senators Genossen Wigt als Quacksalber bezeichnete und Fink-  
leute an dessen Stelle forderte. Herr Generaldirektor Hende und  
der gesamte Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe seien per-  
sönlich angegriffen worden, auch wenn dies der Gen.-Anz. jetzt  
abstreite und behaupte, sachlich gekämpft zu haben. Proben die-  
ses sachlichen Kampfes habe dieses Organ der Volkspartei  
teiler (Widerpruch bei der Volkspartei) genug gegeben. Die  
ersten Ursachen zu diesem Kampf gingen von dem Gen.-Anz.  
aus, als der Redner sagte, das Blatt möge die Moral vor  
allem selbst anwenden, die es von den Städtischen Betrieben for-  
derte. Darauf habe der Gen.-Anz. ihn (Haut) persönlich und  
ordentlich angerempelt. Dann warf man dem Verwaltungsrat  
vor, er bestreite in seiner Mehrheit aus Sozialdemo-  
kraten, was übrigens mit der Verwaltung gar nichts zu tun  
habe. Der Gen.-Anz. wollte mit dieser falschen Behauptung  
und in seinem Artikel politische Geschäfte machen.  
Später mußte er zugeben, daß seine Behauptungen nicht der  
Wahrheit entsprechen. In diesem Zusammenhang be-  
hauptete der Gen.-Anz., die bösen Sozialdemokraten hät-  
ten im Verwaltungsrat dafür gesorgt, daß ein von bürgerlicher  
Seite gestellter Antrag auf Tarifverbilligung abgelehnt worden  
sei. Diese Behauptung wurde dann wieder dahin abgeschwächt,  
daß man sagte, es habe sich nur um eine Anzeigenschönheit,  
und zuletzt war es eine Besprechung vor der Lär. Das alles weiß  
der Gen.-Anz. ganz genau und trotzdem benutzt er diese Dinge  
zur persönlichen Anrempelung. (Zuruf: Wahlsparatelle) Der-  
artige Vorfälle sind die Mitglieder des Verwaltungsrates nicht  
gefallen zu lassen. Es ist auch kein sachlicher Kampf, wenn man  
anlässlich eines Zwischenrufes davon spricht, von welchem Geist  
die Mitglieder des Verwaltungsrates befehl seien. Der Artikel-  
schreiber scheint die Zustände der Straßenbahnen anderer Städte  
nicht zu kennen, aber seine Anwürfe passen für den Kampf gegen  
die Sozialdemokraten, der sich auf der Entwicklungsbasis zur  
Nachpost bewegt, deren Vorläufer der Volksknote war. Das  
hier vorliegende Pamphlet weist merkwürdigerweise eine  
Reihe von Behauptungen auf, die im General-Anzeiger gekan-  
dieren haben, insbesondere ist der Generaldirektors Hende Verbe-  
gang so geschildert. Man sagt, der frühere Leiter, Herr Oberbau-  
rat Hase, habe die Sache aus dem ff. verstanden, verschweigt  
aber, daß Herr Oberbau rat Hase vom Senat dazu angesetzt ist,  
noch heute seine großen Kenntnisse im Verwaltungsrat zu verwer-  
ten. Er ist in allen Fragen mit uns durchaus konform gegangen.  
Eine Niederträchtigkeit sondergleichen ist es, einem Mann das  
Gesicht vorzuwerfen, wenn man ihm sonst nicht bekommen kann.  
Der Schreiber im Gen.-Anz. würde es nicht wagen, etwa einem  
Hochseinerwerksdirektor oder sonst einem Industriellen das Gesicht  
vorzurechnen, einen solchen Angriff könnte dieses Blatt nicht  
tragen. Aber weil im Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe  
Sozialdemokraten sitzen und der leitende Senator auch ein Sozial-  
demokrat ist, kann man schon wie Donquixote heulen. Man  
wirft Herrn Hende weiter vor, er habe in dem Sandfuhre-  
geschäft den Herrenstandpunkt herausgeholt und Schandakte  
hätten die Verkehrssicherheit bezweifelt. Da muß man sich doch  
fragen, welcher Art und Qualität die Gewächsmänner des Gen.-  
Anz. sind! Die Behauptung, daß der Betrieb der Straßenbahn  
sachmännlichen Rates ermangle, ist äußerst lächerlich. Vorher  
wurde gesagt, Herr Oberbau rat Hase verfehle die Sache aus dem  
ff. und hier wird wieder an dieser Tatsache gezwifelt. Aber es  
müssen allesente nach Art des Gen.-Anz. sein, sonst werden sie  
nicht anerkannt. Die ganze Weisheit des Gen.-Anz. ist aber kein  
eigenes Produkt, sie wird ihm zugetragen von Leuten, die das  
Nicht der Offenheitlichkeit scheuen. Wir werden uns in Zukunft  
mit derartigen dunklen Emissionen überhaupt nicht mehr befa-  
ßen. Vielleicht handelt es sich um eine Person, die glaubte,  
Gummischaft auf den Posten des Generaldirektors zu besitzen.  
Gottseidank, daß sie abgesetzt ist. (Dr. Leber: Sie ist schon  
lange Gewächsmann in der Königsrahe.) Die Verwaltungsrat-  
mitglieder können wohl Kritik vertragen, aber diese gemeine  
persönliche Kampfesweise stellt einem an. Vor der Weisheit  
des Gen.-Anz. möge uns die Zukunft bewahren. Wir hatten  
im Augenblick den Zeitpunkt nicht für gekommen, an dem

Dr. Wittern (Soj.) ist der Ansicht, daß nach dem Vor-  
gesehenen sofort ein Ausblick zur Prüfung der Verhältnisse einzu-  
geleitet werden müsse. Es frage sich, ob die Ueberlässe auf Grund  
kauterlicher Intelligenz oder auf Grund des Monopols er-  
reicht worden seien. Gut sei, daß man keine Anleihen aufzu-  
nehmen habe. Man müsse auch die Frage erwägen, ob die Be-  
nützung weiter durch die Städtischen Betriebe zugunsten der  
Staatsfinanzen belastet werde. Unterlucht werden müsse auch, ob  
der Staat den Kies nicht zu billig abgibt. Zurückweisen müsse  
er das Heranziehen von Biergeschäkten und den Angriff auf  
einen Presseverleger, der sich nicht wehren könne.  
Senator Wigt wiederholt, daß nichts vorlege, was eine  
Untersuchung zu scheuen habe, im Gegenteil sei sie dem Vorstand  
und Aufsichtsrat erwünscht. Aus der Verhandlung habe sich kein  
Vorwurf ergeben, daß die Städtischen Betriebe zu viel für den  
Staat herausmittelften. Auch Herr Hase müsse wissen, daß in  
allen anderen Städten die Städtischen Betriebe bemüht waren,  
nur der Stadt zu dienen. Herr Hase sei selbst Mitglied der Be-  
triebsbehörde und gar nicht so sehr gegen die Verleumdung  
genommen. Die Städt. Betriebe hätten nichts weiter als ihre  
Pflicht getan. Daß etwas verbieden werden müsse, sei selbstver-  
ständlich. Herr Hase erwidert der Redner auf den Vorwurf,  
daß bei der Erwerbshaus itandhafte Zustände herrschten hätten,  
daß diese Vorwürfe früher jedes Jahr erhoben worden seien.  
Geändert habe sich nichts in den Vorwürfen, nur die Tonart sei  
schärfer geworden. Die Einführung von Arbeiterwochenarten sei  
der Verwaltung sympathisch. Man dürfe aber nicht vergessen,  
daß ein Ausblick im Jahre 1920 deren Aufhebung wieder  
beschlossen und Monatskarten empfohlen habe.  
Generaldirektor Hende erwidert auf die Anfrage betr. Ver-  
bot von Auslagen über die Städtischen Betriebe, daß er nur die  
Betriebsbehörde und Bureauvorsteher auf den Beamtenstand auf-  
merksam gemacht habe und zwar deshalb, weil der Verdacht be-  
stehe, daß im Betrieb Lätige die Zuträger gewesen seien. (Haut!  
Wasserwerk!)

Der kommunistische Antrag auf Einföhrung einer  
Kommission zur Prüfung der Verhältnisse in den Städt.  
Betrieben wird mit Stimmengleichheit abgelehnt.  
Dafür stimmen Kommunisten, Gewerkschafter, Demokraten, Wöl-  
fliche und ein Teil der Wirtschaftsgemeinschaft. — Sämtliche an-  
deren kommunistischen Anträge werden abgelehnt mit Aus-  
nahme des Antrages auf Einföhrung von Arbeiterwochenarten.  
Nächste Sitzung Donnerstag, Schluß 11.20.

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 16. Dezember.

### Die Bücheransicht im Gewerkschaftshaus.

Schöne Weihnachtsgeschenke.

Wer nicht weiß, was er schenken soll und wer knapp bei Kasse  
ist, der braucht nicht lange zu raten: ein gutes Buch ist immer  
ein gern entgegengenommenes Geschenk von bleibendem Wert.  
Nur noch die Frage, was unter einem guten Buch zu verstehen  
ist. Da fällt die Wahl manchem schwer. Und doch ist sie leicht  
zu lösen, wenn man an die richtige Quelle geht. Diese ist im  
Zimmer Nr. 1 im Gewerkschaftshaus, altes die  
Buchhandlung des Lübecker Volksboten eine reich-  
haltige Auswahl empfehlerwerter Werke ausgestellt hat. Da ist  
alles zu finden, was das Herz begehrt. Für Kinder Wilder-  
bücher in schönster Aufmachung, für die herausragende  
Jugend Schriften und Bücher belehrenden und unter-  
haltenden Inhalts, zumeist ausgewählt von unserem Zentral-  
jugend- und Bildungsverein in Berlin. Hervorragende Romane,  
Reisebilder, wissenschaftliche, technische  
Bücher für jede Eignung sind vorhanden. Der Zentralverlag  
von J. H. Dietz in Berlin hat in den letzten Monaten eine  
Auswahl sehr guter Werke herausgegeben, die nicht nur inhaltlich,  
sondern auch im Druck und Einband mit jedem anderen Verlags-  
werk konkurrieren können. Es ist damit der Lesezug gemacht, der  
uns von der Abhängigkeit des großen Büchermarktes befreit. Der  
Käufer ist zugleich der Gewähr entzogen, minderwertiges in  
die Hand gedrückt zu bekommen. Weiter in Wandschmuck  
ausgestellt. Auch geliebte Vasen und Schalen als Geschen-  
kerbe sind zu haben.  
In demselben Räume steht der Bestand der Natur-  
freunde seine Wanderausstellungen und Literatur in

mannigfacher Art aus. Vom praktischen Taschenmesser, bestigen  
Schuhen bis zur Lodenjoppe und Mantel kann hier alles ge-  
kauft oder bestellt werden. Sogar Stierjähne sind vorhanden.

Wir brauchen wohl unseren Genossen und Freunden nicht  
besonders ans Herz zu legen, sich bei Bedarf der Ausstellung im  
Gewerkschaftshaus zu erinnern oder doch zum mindesten sie zu  
besichtigen. Sie ist an Wochentagen von nachmittags 5 bis  
abends 9 Uhr geöffnet. Die Buchhandlung des Lübecker Volks-  
boten im Gewerkschaftshaus bietet ebenfalls eine große Auswahl und  
ist in der üblichen Geschäftszeit geöffnet.

Lübeck-Büchener Eigenbahngesellschaft. Die außerordentliche  
Generalversammlung genehmigte die Goldmarken-Emissionsbilanz,  
die die Beschaffung des Kapitals von 45 Millionen Mark vorzieht.  
Der geschätzte Rücklage wurden 4,5 Millionen Mark, dem Er-  
neuerungsfonds 3 Millionen zugewiesen. Für Abschreibungen  
und Rückstellungen für soziale Zwecke wurden 10,4 Millionen  
Mark zurückgestellt.

Die Weihnachtsmarken werden, wie im Reich, so auch in  
Lübeck, durch Unterstützung der karitativen Verbände von Haus  
zu Haus, von Geschäft zu Geschäft umgelegt, während der Han-  
del, die Industrie, die Banken laut Beschluß ihrer Reichsorgani-  
sationen an einem oder mehreren Tagen der Woche ihre gesamte  
Korrespondenz mit den Marken frankieren sollen. Im Interesse  
der Beschäftigten darf sich niemand von diesem schönen Opfer,  
das den Briefmarkenempfänger in den Besitz von seltenen, voll-  
wertigen Briefmarken setzt, ausschließen. Die Marken haben einen  
Frankierungswert von 5, 10, 20 und 50 Pfennig und werden um  
den vierfachen Betrag des Frankierungswertes abgesetzt. Sie  
sind im Format größer als die gewöhnlichen Briefmarken und  
stellen die Werte christlicher Nächstenliebe dar: 5-Pfennig-Marke,  
grün, „Die Hungerigen speisen“; 10-Pfennig-Marke, rot, „Die  
Durstigen tränken“; 20-Pfennig-Marke, blau, „Die Nackten be-  
kleiden“ und 50-Pfennig-Marke, braun, „Die Kranken pflegen“.  
Niemand sollte sich von dieser schönen Art, in den Weihnachts-  
vorlagen der Bedürftigen zu gebeten, ausschließen. Es ist  
jerner beabsichtigt, einen Weihnachtsbaum mit elektrischen Kerzen

auf dem Marktplatz neben dem Rathaus aufzustellen und an  
dieser Stelle in einem Spendentopf Gaben entgegenzunehmen.  
Helfe jeder, wie er kann! Wahre Hilfe kann unseren Verarmten  
nur durch uns selbst werden.

Erwerbslosenunterstützung. Aus der Arbeitsbehörde wird  
uns mitgeteilt, daß vom 15. Dezember ab die Unterstühtungs-  
sätze für die Erwerbslosen erhöht worden sind. Die Erhöhung  
beträgt entsprechend den Aufbesserungen der Beamtengehälter  
und der Reichsarbeiterlöhne 10 bis 15 Prozent. Die Frauen,  
die für Familienangehörige zu sorgen haben, sind den Männern  
gleichgestellt. In Lübeck erhält ein männlicher Erwerbsloser  
über 21 Jahre 1,15 Mark, unter 21 Jahren 0,99 Mark, eine Frau  
über 21 Jahre 1,04 Mark, sofern sie nicht für Familienangehörige  
zu sorgen hat und unter 21 Jahren 0,82 Mark für den Tag. Für  
die Ehefrau wird 0,40 Mark und für jedes Kind 0,20 Mark  
gezahlt.

Mandolinentanz im Gewerkschaftshaus. Die Nähe des  
Weihnachtsfestes und die Knappheit an ganzen und halben  
Kleinstücken (das war der Eintrittspreis) waren wohl die Ursache  
mit, daß das Sonntagskonzert des Lübecker Mandolinentanz-  
klubs von 1911 nicht so besucht war, wie die Darbietungen es verdien-  
ten. Ein umfangreicher Musikkörper hat sich im Laufe der letzten  
Jahre unter der hingebenden Leitung des Herrn Rathgens zu  
beachtenswerter Leistungsfähigkeit entwickelt, von der in einer  
abwechslungsreichen Vortragsfolge Proben geboten wurden. Be-  
sonderer Beifall fanden die Volks- und Tanzweisen, zusammen-  
gefaßt in „Unter der Dorflinde“, und das bekannte Weihnachts-  
polpourri von Noebel. Ob dieses sich für die Wiederergabe durch  
ein Mandolinentanz-Orchester besonders eignet, scheint allerdings  
fraglich. Immerhin: die Hörer waren begeistert und erreichten  
durch anhaltenden Beifall die teilweise Wiederholung des Stückes.  
Das durch Begleit-Instrumente zu einem vollklingenden Kon-  
zert verstärkte Orchester dürfte den Zupfinstrumenten zahlreiche  
neue Freunde zugeführt haben.

pb. Schieferer auf der Verberkerjagd. Am 25. v. Mts. ent-  
sprang aus dem Gerichtsgefängnis in Trittau der wegen Ein-  
bruchsdiebstahls festgenommene 22jährige Arbeiter Albert  
Börling aus Lübeck. Er hatte seine wiedergewonnene Frei-  
heit sofort dazu benutzt, neue Einbrüche, und zwar zuerst gleich  
wieder in Trittau, zu begehen. Auch wird ihm in Lübeck eine  
ganze Reihe Einbrüche zugeschoben. Am Sonnabend hatte er  
in Krumbek bei einem Sattler einen neuen Einbruch begangen.  
Dabei wurde B. erwischt. Auf der Flucht wurde er durch einen  
Stacheldraht behindert und gab auf seine Verfolger einen Schuß  
aus seiner Mauerpistole ab. Um diesen Angriff abzuwehren,  
schloß einer der Verfolger mit einem Jagdgewehr nach ihm und  
verletzte ihn so, daß Börling in das hiesige Allgemeine Kran-  
kenhaus geschafft werden mußte.

### Sinz gemeine Verleumdung.

Was die Sozialdemokraten alles verbrechen.

Seit zwei Jahren verbreiten die Gemeinnützige Westat-  
tungsgeellschaft und die Notgemeinschaft für  
Bekämpfung einer segensreichen Tätigkeit bei Sterbefällen.  
Die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebauten Einrich-  
tungen arbeiten ohne jeden privaten Gewinn oder sonstige  
Nutznießung und bezwecken einzig und allein, bei Sterbefällen  
den Hinterbliebenen die Sorgen um die Beisetzung und die Be-  
stattungskosten abzunehmen und ihnen auch alle sonstigen  
Kaufereien zu ersparen. Für 20 Pfennig Wochenbeitrag ist die ganze  
Familie versichert. Unendlich Gutes ist während der kurzen  
Zeit des Bestehens dieser Notgemeinschaft geschaffen worden.  
Das ließ den Bestattungsunternehmern keine Ruhe, und sie gin-  
gen fix daran, Konkurrenzunternehmen zu gründen. Sie ver-  
säumten auch nicht, die gemeinnützigen Institute verächtlich zu  
machen und ihnen die Solidarität ihres Handelns abzuspülen.  
Damit nicht genug. Jetzt gehen sie zur Verleumdung  
über. So behauptete die General-Agentur und Bestattungs-  
gesellschaft in Lübeck, Gebr. Müller, in Anzeiger... bürgerlicher  
Blätter,

die in Lübeck und andernwärts gegründeten Notgemeinschaften  
seien von sozialistischer Seite ins Leben gerufen und  
belebten Parteizwecke.  
Jeder Unbefangene, von Konkurrenzneid Befreite weiß, daß  
diese Behauptung nicht nur eine hanebüchene Lüge, sondern eine  
ausgesprochene Unverschämtheit sondergleichen ist. Herr Müller möge  
in ganz Lübeck doch nur eine Person nennen, die bei der Auf-  
nahme oder nachher nach der Parteizugehörigkeit ge-  
fragt wurde. Herr Müller möge aber vor allem seine öffentlich  
erhobene Behauptung beweisen, daß die Notgemeinschaften Par-  
teizwecke dienen. Kann er dies nicht — es ist ganz aus-  
geschlossen —, dann muß er sich gefallen lassen, als Verleum-  
der gebrandmarkt zu werden. Es ist wirklich ein Zustand der  
Seelen, wenn das Bürgertum zu solch verlogenen Mitteln grei-  
fen muß, um gemeinnützig wirkende Einrichtungen zu bekämp-  
fen.

Selbstverständlich läßt die Notgemeinschaft diesen gemeinen  
Vorwurf nicht auf sich sitzen. Sie hat sofort bei dem Vertreter  
des Deutschen Begräbnis-Ver sicherungsvereins Einspruch erhoben,  
um diesen Vorstoß gegen den unfläuterer Wettbewerb in weiteren  
Fällen zu verhindern und wird natürlich auch nicht veräumen,  
dem Herrn Gelegenheit zu geben, seine verlogene Behauptung  
an anderer Stelle zu beweisen.

### Das Seeamt

verhandelte am Sonnabend über folgende Schiffsunfälle:  
Am 22. März d. J. lief der Dampfer „Hilde“ auf Grund.  
Die Verhandlung ergab, daß dem Kapitän keine Schuld trifft.  
Dem schwer nebeligen Wetter und den außerordentlich schlechten  
Wismarer Lotsenverhältnissen sei es zuzuschreiben, daß das Schiff  
auf Grund geriet.

Der Spruch des Seeamtes folgte dem Antrag des Reichskom-  
missars, daß der Kapitän pflichtgemäß gehandelt habe.  
Der zweite Fall bezog sich auf den im November auf Grund  
geratene Dampfer „Franz“. Die eingehende Beratung dieses  
Falles ergab auch hier, daß das unsichtige Wetter die Haupt-  
schuld trägt. Dem Kapitän wird vorgehalten, daß er, nachdem  
die Lotung zehn Meter ergab, weiter nordwärts halten oder  
stoppen mußte.

Dem Antrag des Reichskommissars entsprechend fällt das  
Seeamt folgenden Spruch: Der Unfall ist in erster Linie auf  
dieses Wetter zurückzuführen, doch hätte der Kapitän vorzüglicher  
fahren oder Unter werfen müssen.

Der dritte Fall, der Schoner „Henny“, der am 9. Sep-  
tember festlief, ist auch auf dieses Wetter zurückzuführen. Hinzu  
kam, daß der Kompaß des Schiffes durch magnetische Störungen  
schlecht funktionierte.

Der Reichskommissar stellte fest, daß in der Tat die Unter-  
suchung eine Abweichung des Kompasses bis zu 1 1/2 Grad ergab.  
Der Schiffer ist vorichtig gefahren, ein energisches Abdrücken nach  
Norden hätte den Unfall vermeiden lassen. Sonst ließe die Maß-  
nahmen des Kapitäns richtig gewesen. Auch hier lautet der  
Spruch den Ausführungen des Reichskommissars gemäß. Der  
Kapitän hätte vorichtig fahren sollen, ein erhebliches Verschul-  
den treffe ihn jedoch nicht.

### Fürsorge für langfristige Erwerbslose.

Ein Senatsantrag besagt: Nach § 15 der Verordnung über  
Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichs-Gesetzblatt I  
S. 127) darf die Unterstützung einem Erwerbslosen innerhalb von  
12 Monaten höchstens für die Dauer von 26 Wochen gewährt  
werden, der Reichsarbeitsminister kann aber die Fürsorge über  
das zulässige Maß hinaus bis zu 18 Wochen verlängern. Von  
diesem Recht hat der Minister Gebrauch gemacht, so daß nunmehr  
die Unterstützung insgesamt 39 Wochen gezahlt werden kann. De

Herbst 13 Wochen Notstandsarbeit, die in die Zeit der ...

95 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. ...

Staatliche Lotterie - Einnahme R. Jansen Johannsstraße 12 Gewinnauzug

Partei-Nachrichten. Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Sekretariat Johannsstr. 43. I.

Theater und Musik. Chorverein Lübeck. 1. Konzert im Gewerkschaftshaus.

Table with columns for prize amounts and winning numbers from the lottery.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bureau: Johannsstraße 43 II. Treffpunkt von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Schiffsnachrichten. Angekommene Schiffe. 15. Dezember. Deutsch. D. Bäckermeister Lorenz, Kap. Dämmert.

Gewerkschaftliche Mitteilungen. Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten.

Abgegangene Schiffe. 15. Dezember. Deutsch. D. Anne Otto Wopen 80, Kap. Rosenberger.

Rundfunkprogramm. Hamburger Rundfunk - Welle 395. Mittwoch, den 17. Dezember.

Angrenzende Gebiete. Kienfeld. Die Gemeindevahlen fanden am Sonntag unter schwacher Beteiligung statt.

Frankiert eure Briefe mit Wohlhabertabriefmarken!

Spezialgeschäft für erstklassige und preiswerte Rundfunkapparate sowie sämtl. Zubehör.

Nach längerem Leiden entschlief sanft am Sonntag mittag unsere liebe Tochter Helene im Alter von 14 Jahren.

Deutscher Verkehrs-Bund. Am 12. d. M. starb unser treuer Kollege der Feuerarbeiter Heiner Beiß.

Zu verk. eine Kinder-Dollbettstube ohne Matr. 14203. Dresdenstr. 9 II.

Der Frauenroman! Milde Lichtwark von Richard Lohmann.

Zu verk. 3-fl. Bettol-Maschine u. Aktentasche. 14240. Herkringstr. 84.

Zu verk. 6fl. Werr.-Masch. 1 W. Fußballstief 42, neue Waldmandoline (1419).

Zu verk. eine guterb. Puppenstube und Wöbel zur Puppenstube. 14242.

TANNEN-BAUME. Chasottstraße 15 u. Burgtor, Polizeiwache Feddern.

Karstadt täglich bis 7 Uhr abends geöffniet

**Ämtlicher Teil**

**Berufung der Bürgerschaft**

am Donnerstag, dem 18. Dezember 1924  
abends 6 Uhr  
zur Verhandlung der in der Versammlung vom  
1. Dezember un erledigt gebliebenen Punkte der  
Tagesordnung.  
Der Vorsitzende **Gustav Ehlers**

**Feuerungsansgabe für Sozialrentner**

mit dem Anfangsbuchstaben:  
A B C D E F Donnerstag d. 18. Dez. 8-11 Uhr vorm.  
G H J L Freitag " 19. " " " "  
K M Sonnabend " 20. " " " "  
N O P Q R S T Montag " 22. " " " "  
S U V W Z Dienstag " 23. " " " "  
im Zimmer 1 des Wohlfahrtsamtes (14215)  
Das Wohlfahrtsamt

**Konkursöffnung.**

Neber das Vermögen der Firma **Mah & Co.**,  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck  
wird heute am 16. Dezember 1924, mittags 12 1/4  
Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Rechtsanwalt **Hennings** in Lübeck  
wird zum Konkursverwalter ernannt.  
Termin zur Beichlufassung über die Wahl  
eines anderen Verwalters, die Befestigung eines  
Gläubigerverzeichnisses und die im § 182 der Kon-  
kursordnung bezeichneten Gegenstände findet  
am 16. Januar 1925, vormittags 11 Uhr,  
im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar  
1925 bei dem unterzeichneten Gerichte anzu-  
melden. Termin zur Prüfung der angemeldeten  
Forderungen findet  
am 13. Februar 1925, vormittags 11 Uhr,  
im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen die eine zur Konkursmasse  
gehörige Sache in Verzug haben oder zur Konkurs-  
masse etwas schulden, wird anzuweisen, nichts  
an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu  
leisten, auch die Verpfändung aufzuerlegen, von dem  
Beizuge der Sache und von den Forderungen, für  
die sie aus der Masse abgeforderte Befriedigung  
in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis  
zum 31. Januar 1925 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 16. Dezember 1924.  
Das Amtsgericht, Abt. 2.

**Wir zahlen die aller-  
höchsten Preise für**

**Felle  
und  
Haare**  
Gebr. Wagner Tel. 341  
Bankwägr. 26 Holstenstr. 8  
Beste Absatzquelle für  
Händler und Private

**Öffentliche Versteigerung  
in Trabemünde**  
am Donnerstag, d. 18. Dezember, vorm. 11 Uhr,  
sollen in Trabemünde nachstehende Sachen öffent-  
lich versteigert werden:  
1 Geldschrank, 2 Schreibstühle mit Sessel, 1 Altens-  
schrank, 1 runder Tisch, 1 Livan, 1 Spiegel,  
3 große Ballen Leder (ca. 200 Pfund).  
Zustimmung der Kaufinteressenten 10 1/2 Uhr bei  
der Brunnstraße (Stadthaus).  
Das Gerichtsvollzieheramt.

**Wir sind uns einig  
und gehen zu  
Johannes  
Holst**  
Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6  
u. erleben unsere Weihnachtseinkäufe dort.  
Wir finden eine  
riesenhafte Auswahl  
dort zu denkbar  
billigsten Preisen.  
Außerdem erhalten wir beim Einkauf von  
2 Mark an  
1 Tafel **GE-ES-Block-Schokolade**  
beim Einkauf von 3 Mark und mehr  
1 Karton **Weinberg-Pralinen**  
in hübscher Geschenkpackung  
völlig umsonst.

**Spezialer zahlt 100 Mt. mehr** "Mischda" mit  
in 10 Min. bei **Wentz** u. **Lutz** Kopie. Giltz. Kleider-  
Tische (Brot) verläßt keine  
Wanze mehr ist bei einmaliger  
Anwendung von **Wentz**.  
Bestand nur **Regienstraße 4** (14179)

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Bekanntmachung.**

**Versammlung der Kaufmannschaft**  
am  
Montag, dem 29. Dezember 1924, nachm. 6 Uhr,  
in der Börse.

Tagesordnung:  
I. Wahl eines Mitgliedes der Handelskammer  
anstelle des zum Präses erwählten Mit-  
gliedes **G. F. D. A. Poie**:  
Wahlvorschl. der Handelskammer:  
**J. B. Gump**  
(Friedr. Gump)  
**Herrn. Eschenburg**  
(Jost Dinn. Havemann & Sohn.)  
**Alfred Peters**  
(W. Brilmann & Sohn.)  
II. Wahl eines Revisors.  
Lübeck, den 15. Dezember 1924.  
Die Handelskammer.  
14247

**Wohlfahrt als Wohlfahrt**  
**Weihnachts-Geschenk**  
meine einflussigen  
**Qualitäts-Zigaretten,**  
Zigaretten, Tabak,  
**Bruyere-Platten,**  
Zigaretten-Gläser,  
Zypher usw.  
**Adolf Linow**  
Engelstraße 51. (14007)

**Wir zahlen die aller-  
höchsten Preise für**

**Felle  
und  
Haare**  
Gebr. Wagner Tel. 341  
Bankwägr. 26 Holstenstr. 8  
Beste Absatzquelle für  
Händler und Private

**Öffentliche Versteigerung  
in Trabemünde**  
am Donnerstag, d. 18. Dezember, vorm. 11 Uhr,  
sollen in Trabemünde nachstehende Sachen öffent-  
lich versteigert werden:  
1 Geldschrank, 2 Schreibstühle mit Sessel, 1 Altens-  
schrank, 1 runder Tisch, 1 Livan, 1 Spiegel,  
3 große Ballen Leder (ca. 200 Pfund).  
Zustimmung der Kaufinteressenten 10 1/2 Uhr bei  
der Brunnstraße (Stadthaus).  
Das Gerichtsvollzieheramt.

**Wir zahlen die aller-  
höchsten Preise für**

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Erfreut  
Eure Lieber!**

**Unterröcke**  
aus gut. Halbtuch, Volant mit Tressen-  
verzierung, in schönen Farben ..... 3<sup>50</sup>  
aus prima Halbtuch, schöne Farben,  
mit apertem Volantansatz ..... 4<sup>95</sup>  
aus gutem Halbtuch, Volant mit oder  
ohne Tressenverzierung, extra weit 5<sup>25</sup>  
aus pa. reinwoll. Foulé, aparte Farben  
Volant reich mit Biesenverzierung ... 8<sup>25</sup>  
aus prima reinwollenem Foulé, mit  
Faltvolant, extra weit ..... 9<sup>50</sup>

**Morgenröcke**  
aus gutem Lammfell, in schönen  
Farben, weitgeschneitten ..... 7<sup>95</sup>  
aus gutem Lammfell, aparte Farb-  
stellungen, mit Schalkragen ..... 9<sup>75</sup>  
aus gutem, warmem Lammfell,  
schöne Farben, hoch zu schließen. 12<sup>75</sup>  
aus prima reinwollenem Lammfell,  
Schalkragen und Umlegekragen... 16<sup>50</sup>  
Morgenjacke aus gutem warmem  
Lammfell in vielen schönen Farben 9<sup>75</sup>

**Täglich  
bis 7 Uhr abends  
geöffnet.**

**Weihnachtsmärchen-  
Vorverkauf für  
das Stadttheater  
im Reisebüro.**

**Karstadt**

**Weihnachts-Ausstellung**  
Lübecker Künstler im Städt. Saalbau (14240)  
vom 15. bis 20. Dezbr., geöffnet von 11 bis 5 Uhr tägl.  
Eintritt frei.  
Freihändiger Verkauf  
Sonntag, den 20. Dezember, ab 11 Uhr:  
**Öffentliche Versteigerung**  
**Weihnachts-Ausstellung**  
14178

**Poloffium**  
Morgen **Ofr. Lull** Ballmusik:  
Mittwoch Das verstärkte  
**Richard-Wagner-Orchester**  
Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr  
Inh.: H. Reck

**Heute, abends 8 Uhr, gr. Preisskat**  
1. Preis: 1 fette Gans u. 1 Fl. Rotwein  
2. Preis: 8 1/2 Schweineschinken u. 1 Fl. Wein  
für jeden weiteren Tisch ein großer Preis

**Mühlings Gaststuben**  
Sadowastraße 11 (14250)

**Café Bernhardt**  
Eigene Konditorei. Fernruf 1786  
übernimmt Abbacken von Kuchen  
aller Art für den Privathaushalt  
Täglich Künstler-Konzert  
**BÜRCK-TRIO**  
J. H. Wiese

**Trocadero**  
Täglich (14189)  
**Stimmungskonzert**  
Anfang 8 Uhr abends.

**Kasper-Ohm un id.**  
Niederdeutsche Erzählungen von  
**John Brinman**  
Preis 2 Mt.  
**Buchhandlung „Lübecker Volksbote“**  
Johannisstraße 46

**FLEDERMAUS**  
Heute Dienstag:  
**Premiere**  
des Programms  
vom 16. bis 23. Dezember  
Morgen Mittwoch:  
**3. und letzter  
heiterer Familienabend**  
in diesem Jahre 14207  
Neues Programm

**Luisenlust**  
Mittwoch: **Gr. Sonatranächten** Eintritt u. Tanz frei

**Hansa-Theater**  
Dienstag, 7.30 Uhr:  
**Der Amerikaspeppel**  
Mittwoch, 8.30 Uhr, ganz  
Et. Breite: 0.25 b. 1.00 Mt.  
Des blinden Stedens  
Traumb. Weihnachtengel  
Mittwoch, 7.30 Uhr:  
**'s Buamabirndi**  
Donnerstag, 7.30 Uhr:  
Der Herrgottschinker  
von Oberammergau  
Freitag, 7.30 Uhr:  
**Sündige Mab.**

**Stadtheater Lübeck**  
Dienstag, 7.30 Uhr:  
**Tannhäuser** (14191)  
Mittwoch 7.30 Uhr:  
**Die Puppe**  
Donnerstag, 7.30 Uhr:  
**Die Nachtigall**  
**Petruschka**  
Einlös. d. Abonnemk.  
I. d. 3. Serie während d.  
Kassenst. u. nachm. v.  
8-6 Uhr a. d. Theaterk.  
Einzelgutscheine f. Op.  
u. Schauspiel passend  
als Weihnachtsgeschenk  
sind a. d. Theaterk. zu

**Läuse**  
Spezialer zahlt 100 Mt. mehr  
in 10 Min. bei **Wentz** u. **Lutz** Kopie. Giltz. Kleider-  
Tische (Brot) verläßt keine  
Wanze mehr ist bei einmaliger  
Anwendung von **Wentz**.  
Bestand nur **Regienstraße 4** (14179)

**Kräutergan** befeht.  
auswähl. mit **Wentz**  
Wentz u. Lutz alle **Wentz**  
Hafen-Drogerie,  
Bederstr. 63. Auch **Wentz**.

**Verband der  
Gemeinde- und  
Staatsarbeiter.**  
Filiale Lübeck (14248)  
**Betriebsräte und  
Bertrauensleute!**  
Mittwoch, 17. Dezbr.,  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Die Ortsverwaltung.  
**Deutscher  
Bauwerks-  
bund**  
Mitglieder-  
Versammlung  
Mittwoch, 17. Dezbr.,  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Ge-  
nossen Dreger  
2. Innere Verbandsan-  
gelegenheiten  
Zahlreiches Erscheinen  
dringend erwünscht.  
Der Vorstand  
NB. Nach Schluß: Ver-  
sammlung der Zu-  
schußklasse (Grund-  
stein) 14288

Gas ebm 19 Goldpfg., Lichtstrom klw 60, Kraft-  
strom 27, Wasser ebm 15/30, heizbare Räume mit  
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (14212)

## Bierfaß und Blindschleiche.

Man scheint es mir von anderer Seite kritisch; Er ist, mich dünkt, hermaphroditisch. (Faust, 2. Teil)

Aber nein, wir meinen das auch beileibe nicht körperlich, Herr Ewers, nur geistig sozusagen, oder politisch.

Was das heißen soll? Allzu genau erklären können wir es nicht. Im großen Ganzen handelt es sich um folgendes: In Lübeck geht seit zwei oder drei Jahren so ein Nacht-Post-Geist um. Im General-Anzeiger fing es an. Unter dem rasenden Beifall der entzückten Spieler fiel er alle möglichen Sozialdemokraten an. Ein anderer noch das Geschäft und irrlichterte da, wo mehr zu irrlichtern war: bei „braven Bürgern“. Der Geist gab schließlich seinen Geist auf und verschwand nach Holland, wohin sich alle gestrandeten Irrlichter flüchten.

Da nahm ein neues Edelgewächs die Nachtposttradition auf, der volksparteiliche „Aufbau“. Herr Hans Ewers, seines Zeichens Rechtsanwält, Bürgerchaftsmitglied und Lübecker Bürgernapoleon. Er veröffentlichte in der letzten Nummer des offiziellen Volksparteiorgans für Wirtschaft und „Kultur“, „Aufbau“ benannt, einen Aufsatz voller Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie.

Darin macht er dunkle Andeutungen von „der von unbekannter Hand gefüllten Wahlkassette“ der Sozialdemokratie und geht dann über auf sein ureigenliches Kampfgelände, die persönliche Unfähigkeit. Wörtlich sagt er von dem sozialdemokratischen Wahlsieg am 7. Dezember: „... zu besonderen Siegesfanfaren mit Zapfenstreich, Flaggenparade und Fackelzügen sollte der nüchternen Parteibonze — (Parteibonzen sind allerdings selten nüchtern) — keine richtige Veranlassung sehen!“

Herr Ewers! Sie sind ja der Hauptparteiobonze der Wirtschaftsgemeinschaft. Wir haben uns bisher um ihre Beziehungen zum Alkohol nicht gekümmert. Wenn Sie selber der Meinung sind, daß Parteibonzen selten nüchtern seien, so können wir uns endlich erklären, weshalb Sie nicht nur den Namen, sondern auch das Aussehen einer Biertonne haben. Oh, Sie werden beleidigt sein und wie ein angeschossener Elefant toben, aber den giftigen Pfeil haben Sie abgeschossen, er prallt jetzt auch auf Sie zurück.

Gewiß, wir wissen auch, daß Herr Ewers liebenswürdigerweise nur sozialdemokratische Parteibonzen gemeint hat. Aber lachend zu Ewers Melodie macht ein jeder seinen eigenen Text hinzu!

Hätt' ich doch das Wort nie geschrieben, wird Herr Ewers jagen. Wie so oft! Was er bisher von sich gab, das endete in Hohn, Spott und Gelächter der ganzen Stadt. Und — wie der tapirere Held sich diesmal herausreden möchte? Er habe das mit der „seltenen Nüchternheit“ gar nicht körperlich gemeint, sondern geistig — politisch. Worauf wir uns gestatten, unser Motto auch nur geistig — politisch zu meinen.

Herr Nylert von der Nachtpost ist geschnitten. Herr Ewers trifft deshalb in seine Fußstapfen. Um die Fahne der Lübecker „Kultur“ hochzuhalten.

Herr Ewers hat einen Mitarbeiter in seinem „Kulturaufbau“, der ist aber keine Biertonne, — nein — dessen geistiges und politisches Gehaben ist das der Blindschleiche. Wir nahmen ihn bisher lächerlich — es handelt sich um den bekannten Moritz Bauer.

Bekanntlich kann der dümmste und lächerlichste Tropf lügen und fälschen. Dann muß man ihm einmal ernstlich auf die Finger klopfen.

In der Nr. 49 des „Aufbaus“ bringt genannter Dr. Bauer folgendes Zitat eines Historikers Bavinille aus der französischen Presse:

„Wir wünschen die Auserkennung Deutsch-

lands nicht und hoffen daher, für die nächsten deutschen Wahlen auch den Sieg der jetzigen Sozialdemokratie.“

Wer zitiert, muß zum allermindesten angeben, wo das Zitat gestanden hat. Herr Bauer hat das nicht nötig. — Er behauptet einfach.

Wir haben uns daraufhin die Mühe gegeben, die französische Quelle ausfindig zu machen. Und was stellt sich heraus? Es kann sich nur um einen Artikel im „Sournee industrielle“ handeln, in dem etwas „Aehnliches“ stand. Aber — Herr Bauer hat das Zitat gefälscht und in das glatte Gegenteil verdreht.

In der letzten Nummer des „Aufbau“ zitiert nun Herr Dr. Bauer wieder:

„Der französische Politiker Leon Daudet hat kürzlich in einer öffentlichen Kammer Sitzung gesagt: „Ich liebe die deutschen Sozialisten, weil ich Deutschland die Pest wünsche.“ Was also will die Sozialdemokratie? Die Dienstbarmachung des deutschen Volkes gegenüber dem internationalen Finanzkapital.“

Herr Dr. Bauer! Sie sind wirklich nur eine politische Blindschleiche (die nichts hört, nichts sieht und nichts weiß).

Was hat denn Daudets behaupteter Ausspruch mit dem internationalen Finanzkapital zu tun? Was hat Daudet überhaupt mit dem internationalen Finanzkapital zu tun? Daudet war genau solcher Mostriehpolitiker wie Sie, Daudet war ein Lächerer, der Republik und ihrer Farben, Daudet war ein „völkischer Royalist“, Daudet war — denn Daudet ist nicht mehr, er ist tot, marinetot. Seit über einem Jahr hat er in der Kammer seine köstlichen Phrasen von dem heraufziehenden Königreich Frankreich nicht mehr ertönen lassen und er ist vor bald einem Jahr endgültig gestorben.

Wie steht's also mit diesem neuen Zitat Herr Bauer, das Daudet „kürzlich“ in der Kammer angewandt haben soll?

Aber es ist überhaupt Schwindel; Daudet hat etwas Derartiges nie gesagt. Im Gegenteil, gerade Daudet haßte und beschimpfte die deutsche Sozialdemokratie wie kein Zweiter. Selbst Lardieu war ihm darin nicht gewachsen.

Mit Ihrer Journalistik Herr Bauer, steht es also so: Sie behaupten falsche Tatsachen vom blauen Himmel herunter, Sie reden über Dinge, von denen Sie keine Ahnung haben, Sie suchen Ihre traurige Weisheit wahllos aus abgedroschenen deutschvölkischen Blättern, Sie zitierten leichtfertig ohne jede Quellenangabe.

Wissen Sie, wie man solche journalistische und politische Tätigkeiten nennt? Journalistische und politische Hochstaperei!

Sie haben die Sozialdemokratie die „verlumpfteste und verlogenste Partei aller Zeiten“ genannt. Den Beweis dafür sind Sie schuldig geblieben. Wir wenden Ihren Sprachgebrauch an und behaupten, daß Sie die „verlogenste und verlumpfteste Journalistik und Politik aller Zeiten“ betreiben.

Sie nennen die Führer der Sozialdemokraten „gewerbmäßige Landesverräter“! Sie belegen diese Behauptung mit einer geradezu fürchterlichen Beleidigung gegen den toten Unabhängigen Eisner. Weshalb greifen Sie keinen Lebenden an?

Wir stellen deshalb zunächst Ihre politische Feigheit fest, als Ergänzung zu Ihrer erwiesenen journalistischen Hochstaplermanier. Und wir verwenden auch hier Ihre eigenen Redebilitäten und erklären, daß Sie ein „gewerbmäßiger Zitatfälscher“ sind.

Es ist ein Armutszeugnis ohnegleichen für die Lübecker Volkspartei, daß sie einen Mann von solcher geistigen, politischen und journalistischen Minderwertigkeit und Talentlosigkeit die Leitung ihrer offiziellen „Wochenchrift für Wirtschaft und Kultur“ anvertraut hat. Für eine journalistische Blindschleiche vom Schlage eines Mostriehbauers gibt es nur einen guten Rat: Vorübergehend kaltes Wasser und dann einen Beruf, in dem man weder die deutsche Sprache noch irgendwelchen Verstand braucht!

Dr. L.

Polizei hat erst viel zu spät festgestellt, daß Haarmann den Hut gebracht hat.“ Vorsitzender: „Nun seien Sie ruhig, Sie haben ja gehört, wie es gewesen ist.“ (Sehr laut) Treten Sie zurück, Ihre Vernehmung ist beendet.“ Oberstaatsanwalt: „Dem Zeugen Quitta hat Haarmann wohl keine Zuträgerdienste geleistet?“ Zeuge Quitta: „Zunächst, in ungefähr drei Fällen.“ — Zeuge Krüger, von Beruf Bäcker, entfernt sich des Zusammentreffens mit Haarmann und Frau Engel. Bäcker Friedrich (auf die Frage des Vorsitzenden): „Ich kenne Haarmann und habe oft etwas von ihm gekauft.“ Im November kaufte ich die Wäsche Hannappels in der Wohnung von Engel. Ich war mit dem Sohn der Frau Engel befreundet.“ — Friseur Heinrich Seidel, zurzeit wegen Hehlerei in Haft, kennt Haarmann und Grans vom Bahnhof. Er hat Haarmann dort beobachtet und gehört, er sei Polizeispitzel. „Grans ist öfters von Schupobeamten auf dem Bahnhof verhaftet worden. Er war spät abends oft sinnlos betrunken. Haarmann sprach oft mit jungen Leuten, und ich habe ihn auch mit einem jungen Mann sprechen sehen, der auf einer Kiste saß (Hannappel). Grans hat den jungen Mann, der fortgesetzt abwehrte, überredet, das Gepäck abzugeben, was der junge Mensch auch tat. Hinterher wurde er von Grans mit Zigaretten und Kaffee bewirtet.“ — Der Zeuge Doering, über die Aussagen Seidels befragt, erinnert sich, einmal im Gefängnis mit Seidel gesprochen zu haben. Damals habe Seidel eine ganz andere Darstellung jener Beobachtung über Haarmann und Grans gegeben. Zeuge Seidel wiederholt seine eibliche Aussage.

Nach der Mittagspause wird über den Fall Henjes verhandelt. Vorsitzender: „Jetzt müssen Sie uns aber die Wahrheit sagen, Haarmann.“ Haarmann: „Ich habe den Mord nicht begangen.“ Vorsitzender: „Hier ist das Lichtbild. Kennen Sie den jungen Mann wieder?“ Haarmann (winkt ab): „Das Bild kenne ich. Ich kann mich an den aber nicht mehr erinnern. Seine Mohr muß geladen werden.“ Staatsanwalt: „Der Mohr wird schon geholt.“ Haarmann (wörtlich): „Der Mohr hat mir einmal auf dem Bahnhof ein Brillantkrenz gezeigt und gesagt, das wäre von Hans (Grans). Darüber habe ich mich gewundert, weil Grans mir soviel schuldet. Wir sind zusammen zu Grans in die Wohnung gegangen. Grans kam aus dem Bett und flüsternte mit Wittkowsky. Jetzt sage ich alles. Also Grans flüsternte mit Wittkowsky, und ich wurde ärgerlich und sagte — nicht —: „Flüster! Ihr schon wieder zusammen, Ihr Schweinehund!“ Vorsitzender: „Kommen Sie zur Sache, keine Ausschüfche. Was verlesen Sie darunter, Sie wollen alles sagen?“ Haarmann: „Das kommt jetzt. Ich habe Grans gefragt, wie er zu dem Brillantkrenz gekommen ist. Später hat Grans mir gesagt, Wittkowsky und er wollten das Zimmer verlassen haben. Haben sie gesagt. (Haarmann hebt den Finger.) Nun passen Sie mal auf, Herr Präsident: Als ich nachher nach Hause kam, lag da in dem Zimmer eine Leiche, und die beiden lächelten so eigenartig. Ich sagte, was soll denn das heißen? Wo kommt denn der her? Da jagten die beiden: Das hast du doch gewußt, daß der hier ist, den hast du doch tot gemacht.“ Vorsitzender: „Wissen Sie denn genau, daß dieser Mantel an jenem Tage im Zimmer lag, als der Tote dort von Ihnen gefunden wurde? (Es handelt sich um Henjes Mantel). Haarmann (wird immer verwirrt): „Das weiß ich. Den Henjes kenne ich nicht. Aber der Mantel lag damals da.“ Vorsitzender: „War der Tote entkleidet?“ Haarmann: „Er hatte ein Hemd an. Aber ich habe ihn untersucht. Er hatte keine Wunden und keine Schnittwunden, nichts. Er konnte also nicht von mir sein.“ Vorsitzender: „Hatten denn die Toten, die von Ihnen kamen, Schnittwunden?“ Haarmann: „Nein, das nicht, aber ich habe keine Wunde gesehen und wußte nicht, wie er wohl umgebracht ist.“ Vorsitzender: „Wissen Sie das genau, daß Sie ihn nicht umgebracht haben?“ Haarmann: „Ich habe ihn nicht ... das weiß ich genau.“ Zeuge Henjes, der Bruder des Verwundenen: „Mein Bruder jagte, er könnte Zeuge bekommen von einem besseren Herrn bei der Kriminal.“ Vorsitzender: „War Ihr Bruder öfter auf dem Bahnhof?“ Zeuge: „Ja, dort wurde viel gehandelt, und darum ging er hin.“

Nach der Vernehmung einer ganzen Reihe weiterer Zeugen bestätigt Frau Engel, daß Grans den Mantel von Haarmann gekauft habe. — Zeuge Wittkowsky gibt an, als ihm das Bild des Henjes vorgehalten wird, daß er den nicht kenne. Er habe auch niemals junge Leute zu Haarmann hinaufgebracht. Er habe sich auch nie Haarmanns Zimmer gesehen, er habe niemand in der Haarmannschen Wohnung umgebracht. Ueberhaupt sei er seit drei Jahren nicht in Haarmanns Wohnung gewesen. Er sei damals sogar mit Grans verfeindet gewesen. Vorsitzender: Nun sagen Sie mal, Haarmann, wenn Sie den beiden Beschuldigten nun Unrecht tun? Haarmann (erregt): Dann ist das gemein und hat ja auch keinen Zweck. Vorsitzender: Haben Sie jemals irgendetwelche Gifte bei sich gehabt, Opium oder Morphium? Wittkowsky: Nein, niemals. Vorsitzender: Grans, was sagen Sie denn zu der Geschichte? Grans: Das ist alles von Haarmann gelogen. Das tut Haarmann nur aus Rache. Vorsitzender: Was soll Haarmann denn gegen Wittkowsky haben? H. A. Döge, der Verteidiger des Grans, bemerkt dazu: Das ist der Reid, daß Wittkowsky ihm den Freund wegnahm. Da spielt ein psychologisches Moment hinein. Sind Sie jetzt freiwillig gesteht? Wittkowsky: Ich habe mich freiwillig gestellt, obgleich ich die Möglichkeit gehabt hätte, schon vor einem halben Jahr ins Ausland zu flüchten, wenn ich mich schuldig gefühlt hätte.

## Prozeß Haarmann.

SPD. Hannover, 13. Dezember.

Im Mittelpunkt der Sonnabend-Verhandlung des Haarmannprozesses stand die Mordtat an Henjes. Sie wurde zum Prüfstein für Haarmanns Glaubwürdigkeit. Seine Anschuldigungen gegen Grans und Wittkowsky sind aber völlig zusammengebrochen: Die Ermordung des Henjes ist die Tat von Haarmann gewesen. Er hat sie den beiden in die Schuhe geschoben, um sich an ihnen in seiner weiblichen Art zu rächen. Im Lichte dieser verlogenen Beschuldigung erscheint auch die Belastung des Grans durch Haarmann mehr als zweifelhaft. Die Aussage des durchaus nicht klaffischen Zeugen, des Friseurs Seidel, war bisher die einzige, die Grans schwer belastete.

Neben dem Fall Henjes bildete die Sensation der Verhandlung die im Bericht wiedergegebene Aussage des Kriminalassistenten Quitta. Sie bewies von neuem, welches

enges Verhältnis zwischen Haarmann und gewissen Kriminalbeamten existierte.

Das Kapitel Kriminalpolizei gestaltet sich überhaupt von Mordfall zu Mordfall skandalöser. Zeugen treten auf, die Haarmanns polizeiwidriges Treiben auf dem Bahnhof mehr als einmal zu beobachten Gelegenheit hatten — die Kriminalpolizei merkte aber nichts davon und begünstigte sogar Haarmann unbewußt in seinem Treiben. Die Freunde und die Brüder der Ermordeten machten Aussagen, die immer wieder auf die ganz klare Spur des „Kriminal“ Haarmann hinarbeiteten. Diese Befundungen wären der Vermissten-Zentrale ohne weiteres bekannt geworden, wenn sie ernstlich nach den verschwundenen jungen Leuten nachgeforscht hätte. Aber die Kriminalpolizei merkte nichts und ließ Haarmann gewähren, der sich ein Opfer nach dem anderen vom Bahnhof holte. Der Vorsitzende erklärte, daß es nicht Aufgabe des Gerichts sei, die Tätigkeit der Kriminalpolizei zu prüfen. Darüber läßt sich streiten — eins steht jedoch fest: Erst dann, wenn die Deffektivität von den Ergebnissen der nutzlos durchgeführten Disziplinarverfahren Kenntnis erhält, wird sie auch ihre Ruhe wieder gewinnen. Soweit die Gerichte

die Tätigkeit der Kriminalpolizei aufgedeckt haben, ist letztere an den Verbrechen Haarmanns objektiv mitschuldig.

Die Tränen der Mütter rufen nach wie vor wenig innere Bewegung bei Haarmann hervor. Was die Jungen vom Hause forttrieb, bleibt verborgen — das interessiert das Gericht nur sehr wenig. Die Deffektivität hat jedoch das größte Interesse, das Familienleben kennen zu lernen, das die Jungen zu Haarmanns Opfern machte. Denn wie sollte man diese sonst in Zukunft verhüten?

\*

### 9. Verhandlungstag.

Am Sonnabend morgen wird mit der Zeugenvernehmung im Falle Hannappel begonnen. Die bitterlich weinenden Eltern charakterisieren ihr verlorenes Kind als sehr ordentlich und gut. Der Junge schrieb alle Woche an seine Eltern und hing sehr an ihnen. Die Eltern erkennen die Kleidung des Kindes wieder. Der auf dem Zeugentisch liegende Hut des Jungen ist seinerzeit von einem nach Aussage der Beamten auf der Bahnhofswache unbekanntem Manne bei der Polizei abgegeben worden. Erst später, als das Mordverfahren gegen Haarmann eingeleitet wurde, haben die Ermittlungen ergeben, daß dieser unbekannt Mann Haarmann gewesen ist. Der Kriminalassistent Quitta kennt Haarmann schon länger aus dem Dienst in der Bahnhofswache im Jahre 1922. Damals telephonierte Haarmann oft auf der Wache und war Zuträger für die Polizei. Haarmann hat um jene Zeit diesem Beamten den Hut angeboten. Er sagte: „Herr Quitta, ich habe einen schönen Hut für Sie, den ich schon länger getragen habe.“ Zeuge Quitta: „Ich habe den Hut angenommen von Haarmann selbst, nicht von einer unbekannt Person, wie im Aktenmerk irrtümlich steht.“ Vorsitzender: „Dieser Prozeß ist nicht dazu angetan, in allen Einzelheiten die Schuld oder das Verhalten der Polizei nachzuprüfen.“ Er macht die Presse darauf aufmerksam, daß noch ein besonderes Verfahren in Sachen der Polizei vor dem Disziplinargerichtshof folgen werde. Oberstaatsanwalt (zum Zeugen): „Haben Sie schon einmal einen Ausweis für Haarmann ausgestellt?“ Zeuge Quitta: „Nein, ich kann mich nicht erinnern.“ Vater Hannappel: „Der große Unbekannte spielt hier schon wieder eine Rolle. Ich habe es so angefaßt, daß Haarmann den Hut einem Unbekannten geschenkt haben soll und dieser habe erst den Hut zur Polizei gebracht, weil ihm die Geschichte nicht geheimer vorkam. So wurde es mir dargelegt.“ Vorsitzender: „Sie hören doch, daß die Geschichte anders gewesen ist.“ Hannappel (erregt, spricht sehr laut): „Die

**Köplif**  
im Geschmack von Aroma  
sind die neuen

**Salem Aleikum**  
und **Salem Gold**  
Zigaretten  
in neuen vollen Formaten

Ein Versuch wird Sie überzeugen

Rot 4 Pfg., grün 5 Pfg., Salem Cavalier 6 Pfg.  
Cabinet 8 Pfg., Exquisit 10 Pfg. d. Stück

Nur echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik Yenidze Jnh. Hugo Ziez, Dresden

Heute beginnt mein

billiger

# Weihnachtsverkauf

Sonderangebot in Käse

reichhaltige Auswahl, billig, prima Qualität nach Nettohaft.  
Sie kaufen bei mir, Freude wie folgt:

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| Souda 20% Pfd. M. 0.85     | Dän. Schweizer 30% Pfd. M. 1.20          |
| Eidamer 30% Pfd. M. 1.20   | Echt. Emmentaler, Vollfett, Pfd. M. 1.90 |
| Holländer 45% Pfd. M. 1.60 | Steppen 20% Pfd. 1.00                    |
| Eilster 45% Pfd. M. 1.20   | Roqueford . . . Pfd. 1.70                |
| Tilsiter 30% Pfd. M. 1.20  |  |
| Tafelkäse 20% Pfd. M. 0.90 |  |
| Tafelkäse 30% Pfd. M. 1.20 |  |

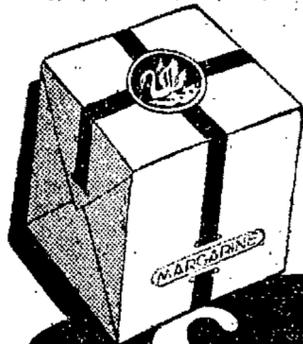
Inßerdem mein reichhaltiges Lager an H. Landwaren prima Meiereibutter. Trotz meiner billigen Preise gebe ich bei Einkauf von 5.- Mark als

**Weihnachtsgeschenk  
eine Dose Gabelbissen  
gratis**

mit Ausnahme von norm. Südkäsewaren. (3845)  
**M. Peters, Mühlenstraße 20  
Telephon 2340.**

# Fröhliche Weihnachten

Vieles hat sich geändert, nur nicht unser schönes deutsches Weihnachtsfest! Wie glücklich fühlt sich die ganze Familie, wenn sie um den lichterstrahlenden Baum vereinigt ist und die Hausfrau stolz ihre Weihnachtskuchen zeigt. Daran hat die Hausfrau im Blauband mitgeholfen; man kostet sie und ist über die herrliche Qualität freudig überrascht.



Können Sie für Ihr Weihnachtsgebäck die Feinkostmargarine Schwan im Blauband; sie wird Sie in jeder Beziehung befriedigen!  
**Preis 50 Pf. das Halbpfd. in der bekannten Packung.**



# Schwan im Blauband

frisch  
geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig illustrierte Familienblatt, die „Blauband-Woche“, gratis zu verlangen (14206)

Alleinvertrieb

der

## Schultheiß-Patzenhofer Biere

in Fässern, Flaschen und Siphons

**Brauerei Hans Wilcken**

Lübeck, Engelswisch 19

# Grundmann's Spirituosen

hergestellt aus feinstem Weinsprit sind in Qualität die besten und im Preise die billigsten!

**Probieren! Vergleichen!**

- |                                 |                             |
|---------------------------------|-----------------------------|
| 1a. Jam.-Rum-V. Liter 2.75      | 1a. Weinbrand-V. Liter 2.75 |
| 1a. Doppelkumel . . . Liter 2.- | 1a. Aquavit . Liter 2.-     |
| Edel-Liköre 3.- bis 3.50        | Weine zu Originalpreisen    |

## Grundmann

Spirituosengroßhandlg., Destillation, Likörfabrik  
Lübeck, Schüsselbuden 32 Tel. 418 (14203)

## Für den Winter!

- |                                       |                      |      |
|---------------------------------------|----------------------|------|
| Schotten in Halbwole und reiner Wolle | Meter 4.95 3.50 2.50 | 2.20 |
| Streifen für Kleider und Hüfen        | 1.60 3.50 2.80       | 2.20 |
| Schewist in nur la. Qualitäten        | 4.90 3.50 3.40       | 2.75 |
| Noveline in reiner Wolle              | 6.50 5.50            | 4.80 |

## Heinrich Beuck, Stübed

Brodesstr. 25, Ecke Warendorffstr. 141<sup>1/2</sup>  
und Wiedelstraße 5.

## VERLOBUNGSRINGE

388 585  
750 900  
gest.



Uhren  
Gold-  
waren  
Silber-  
waren

Württembergische und  
Wellner-Silb.-Bestecke  
empfiehlt

**Willi Westfeling**  
Uhren- u. Goldwaren-Rep.-Werkstatt  
32 Holsten-  
straße 32

## Schlesische

Semmel-Leberwürste

Semmel-Blutwürste

in bekannter Güte wieder vorrätig

**Emil Aland**

14185

**Kohrstühle**  
werden dauerhaft einge-  
flacht. Magdalenstr. 69/72.

**Auf jeden Weihnachtstisch**  
gehört das prächtig illustrierte Buch  
**Lübecker Stadttheater 1924-1925**

## GRATIS! GRATIS!

Bei einem Einkauf von Mk. 5.- an erhält jeder Käufer  
**eine Tafel Schokolade  
oder 1 Kästchen Pralinen  
oder freiziehendes Spielzeug  
gratis!**

- Herrenhüte . . . . . Mk. 4.-
- Besten blauen Cheviot
- Sehr hübsche Jumper . . . von Mk. 7.95 an
- Trikotagen und Strickwaren aller Art
- Großes Lager in Strümpfen
- Herrenplättchemde, gute Qualität, zu Mk. 6.95
- Sehr preiswerte Selbstbinder
- Sehr hübsche billige Spielsachen
- Lederwaren aller Art - Nickerlsachen
- Zigarren, Spirituosen in Gros
- Schokoladen usw.

Wir machen besonders auf unser großes Lager in Geschenk-  
Artikeln aufmerksam und empfehlen speziell unsere preiswerten  
Blusen in jeder Ausführung (14201)

## Moritz Eriksson & Co.

Ende Königstraße 41 (neben Restaurant  
Deutscher Kaiser) - Haltestelle der Linie 6

# Gelegenheitskauf

in enorm billigen

# Damen-Mänteln

Wir bieten große Posten in Velour-,  
Eskimo-, Krimmer- und Plüsch-  
sowie auch pelzbesetzten

## Mänteln

**Beachten Sie bitte die billigen Preise**  
in unseren Schaufenstern (14223)

# August Haerder & Co.